

Monatsspiegel



Adressaufkleber

Dezember 2005

Januar 2006

SPD

Erlangen

Ein Parteitag zwischen Abschied und Sehnsucht nach Neuanfang

Von Dieter Rosner

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 18. September hatte die SPD vor eine doppelte Aufgabe gestellt: Sie muss einerseits dem programmatischen Auftrag des Wählervotums, das einer neoliberalen Wende eine klare Absage erteilt hat, gerecht werden - andererseits dem realen Wahlergebnis Rechnung tragen, das der CDU/CSU eine relative Mehrheit verschafft hat. Sowohl regierungstauglich sein, als auch das sozialdemokratische Profil schärfen. Die Turbulenzen um den Generalsekretär haben dabei die ohnehin schwierige Situation der Partei noch weiter durcheinander gewirbelt. Eine zentrale Frage im Vorfeld des SPD-Parteitages lautete deshalb: Wie soll und wird sich die SPD inhaltlich und personell aufstellen, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden? Personell hat der Parteitag die Weichen klar auf Neu-

anfang gestellt. Inhaltlich blieben jedoch viele Fragen offen.

Festival des Zusammenrückens

Es war ein aufregender und spannender Parteitag, bei dem es zum Einstieg vor allem um eine rückblickende Verarbeitung der Lage in Berlin ging. Herausgekommen ist dabei eine Art Festival des Zusammenrückens. Die Stimmungen des Parteitages waren geprägt einerseits von Abschied (Schröder, rot/grün, Müntefering) und andererseits von der Sehnsucht nach Neuanfang.

Es wurde – ein Zeichen der starken Emotionalität mit der alle Delegierte bei der Sache waren - so viel geklatscht wie noch nie. Der Parteitag war ge-

prägt von „brausender Dankbarkeit und jubelndem Respekt“ (H. Prantl).

Matthias Platzeck hat als designierter Vorsitzender dabei die Sehnsucht der SPD nach einem unbelasteten Neuanfang verkörpert und mit seiner bemerkenswerten Rede bei allen Delegierten vor allem das Herz erreicht. Seine Rede war durch und durch „sozialdemokratisch“ und arbeitnehmerorientiert, er sprach von „der SPD als linker Volkspartei“ und davon, dass er wieder eine „lebhaft und diskussionsfreudige Partei“ erleben möchte. Das überwältigende Ergebnis, das er bei seiner Wahl zum Vorsitzenden bekommen hat, steht symbolisch für die immensen Hoffnungen, mit der die Partei einen erfolgreichen Neuanfang herbeigeseht hat.

Fortsetzung auf Seite 3

Termine

Dezember

1	19.00	Angerwirt	Distrikt Anger	S. 17
1	20.00	Kulisse	Distrikt Innenstadt	S. 18
5	20.00		Kreisvorstandssitzung	
7	20.00	Gaststätte Röthelheim	Distrikt Süd	S. 19
7	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	S. 21
10	20.00		Jusos	S. 22
13	20.00	Hotel Bayer. Hof, Schuhstr.	Ehrungsabend	S. 7
13	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 19
14	19.00	Gasthof ‚Drei Linden‘	Distrikt West	S. 20
14	20.00	ATSV; Kegelbahn	Distrikt Anger u. Bruck	S. 17
14	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 19
14	20.00		Jusos Unterbezirkskonferenz	S. 22
16	14.00	August-Bebel-Haus	Büroeröffnungsfeier	S. 13
17	19.00	Frauzentrum	AsF	S. 21
20	20.00	Angerwirt	Distrikt Anger	S. 17
20	20.00	Schützenheim	Distrikt Eltersdorf	S. 17
21	20.00	Ratskeller Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaaurach	S. 18
22	15.00	Dreyzedern	60Plus	S. 22
Januar 2006				
9	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 19
10	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 19
10	20.00	AWO Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaaurach	S. 18
11	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	S. 21
12	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus	S. 22
12	20.00	Gaststätte Orpheus	Kreisvorstandssitzung	
17	20.00	Kulisse	Distrikt Innenstadt	S. 18
18	20.00	Gaststätte Zur Einkehr	Distrikt West	S. 20
19	20.00	FSV Bruck, Tennenloher Str.	Kreismitgliederversammlung	S. 8

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:

2 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.: 09131303090
 e-mail: monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

700 Stück

Orientierung an sozialdemokratischen Tugenden

Matthias Platzeck hat damit einen gewaltigen Vertrauensvorschuss erhalten. Mit seiner kompetent-sympathischen Art und einer Rückbesinnung auf die sozialdemokratischen Grundwerte kann es gelingen die SPD weiter voran zu bringen. Den Rahmen dafür hat Platzeck in seiner Rede abgesteckt:

„Wir - und tatsächlich nur wir - sind ohne Wenn und Aber die Partei der einen und zusammengehörenden Gesellschaft in Deutschland“, so Platzeck. „Wir sind die Partei der Lebenschancen für alle. Wir, die Sozialdemokraten, sind die Partei des sozialen Zusammenhalts, die Partei der Chancengleichheit, die Partei der inneren Einheit Deutschlands, der Solidarität und der Nachhaltigkeit. All das sind wir, die Sozialdemokraten in Deutschland. Wir sind auch immer - und werden es immer sein - die Partei der Aufklärung und des Fortschritts gewesen. Uns geht es um die soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft, um Aufstiegschancen für alle, uns geht es darum, dass das Leben aller Menschen nach vorne hin offen sein muss und nicht bereits vorherbestimmt ist durch Geburt, durch den Geldbeutel oder Postanschrift der Eltern.“

Vergleicht man den Inhalt seiner Rede vor dem Hintergrund des am Tag zuvor mit großer Mehrheit angenommenen Koalitionsvertrages, so kann durchaus der Eindruck entstehen, dass da zwei ganz unterschiedliche Parteitage gelaufen sind. Leider sind gerade in der inhaltlichen Auseinandersetzung viele Fragen offen geblieben. Welche Perspektive wird die SPD als linke Volkspartei unter den Bedingungen der großen Koalition entwickeln? Diese Frage wird und muss uns in den nächsten Monaten beschäftigen.

Man kann nur hoffen, dass wir in der Großen Koalition von der Welle der geradezu euphorischen Stimmung auf dem Parteitag nicht schon recht bald wieder auf den Boden der harten politischen Tatsachen zurück geholt werden.

Koalitionsvertrag voller Widersprüche

Der Koalitionsvertrag ist auf dem Parteitag mit großer Mehrheit verabschiedet worden. Für viele war dies keine leichte Entscheidung, mussten doch bei einer Reihe von Punkten Positionen des neuen Partners CDU/CSU akzeptiert werden, die wir im Wahlkampf noch vehement bekämpft haben.



Matthias Platzeck und Dieter Rosner auf dem Bundesparteitag

Die Entscheidung ist nicht leicht gefallen. Die positiven Aspekte des Koalitionsvertrages – z.B. Elterngeld, Festhalten am Atomsausstieg, Reichensteuer – konnten mich in der Abwägung vor allem der negativen Punkte nicht überzeugen. Ich habe deshalb dagegen gestimmt und will dies auch kurz begründen.

Die drei Handlungsanweisungen aus der Präambel des Koalitionsvertrages lauten: „Sanieren, reformieren, investieren“. Schon die Reihenfolge ist bezeichnend: Erstens, sparen und nochmals sparen. Zweitens, die Sozialsysteme „reformieren“ Und dann (in bescheidenem Umfang) investieren. Der Vorrang der Finanzkonsolidierung ist äußerst problematisch. Zunächst einmal sollen bis 2007 im Bundeshaushalt 30 bis 35 Milliarden Euro eingespart werden. Darüber hinaus wird das Gegenteil von dem getan, was in jedem Ökonomie-Lehrbuch steht, und ab 2007 die Mehrwertsteuer um drei Prozent (oder 24 Milliarden/Jahr) erhöht, so dass der Konsum als schwächster Teil der Wirtschaft weiter geschwächt wird. Wie soll da ein Investitionsprogramm, verteilt auf vier Jahre und mit einem Volumen

von 25 Milliarden, die Wirtschaft in Schwung bringen?

Aus meiner Sicht reichen die expansiven Impulse, die man vorsieht, bei weitem nicht aus.

Staatsschulden verringern und Wachstum initiieren - das funktioniert nicht. Diese widersprüchliche Politik wird keine Arbeitsplätze bringen. Hinzu kommt: Die Mehrwertsteuer ist eher unsozial, weil sie die ökonomische Leistungsfähigkeit und finanzielle Lage der Steuerpflichtigen nicht berücksichtigt. Dagegen ist die sog. „Reichensteuer“ eher von symbolischem Wert.

Sparpolitik verschärft Spaltung der Gesellschaft

Satte 4 Milliarden Euro will die Bundesregierung bei den Empfängern von Arbeitslosengeld II sparen - dagegen nehmen sich die 220 Millionen Euro, die für die Angleichung des Arbeitslosengeldes II im Osten an Westniveau fällig werden, recht bescheiden aus. Durch die geplanten Einsparungen bei Hartz IV und die Nullrunden bei den RentnerInnen werden in Zukunft noch mehr Menschen allein mit der staatlich garantierten Grundsicherung auskommen müssen.

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Februar 2006
25. 1. 2006**

In diesem Monat

Kreismitgliederversammlung	7
Zur Reform des Sozialversicherungsrechts	9
Dialogmodell	14
San Carlos und seine Partnerst.	14
Aus den Distrikten	17
Aus den Arbeitsgemeinschaften	21
Geburtstage	23
Leserbrief	23
Aus dem Stadtrat	24

Wer jünger ist als 25, darf nur mit Erlaubnis der Armutsverwaltung bei den Eltern ausziehen, wer in einer Wohngemeinschaft lebt, muss den Behörden beweisen, dass er dort mit niemanden eine intime Beziehung pflegt, und alle müssen jederzeit telefonisch erreichbar sein.

Beim Arbeitslosengeld II wird unter anderem dadurch gekürzt, dass die Beiträge, die die Bundesagentur für Arbeit für jeden Langzeitarbeitslosen an die Rentenkassen überweist, gekappt werden. Bis zu 4 Milliarden Euro könnte dadurch eingespart werden - dieses Geld fehlt nicht nur der Rentenversicherung, sondern reduziert die Rentenansprüche von Menschen, die erwerbslos werden.

Wer jenseits der 50 seinen Job verliert, läuft damit noch stärker Gefahr, die Zeit bis zum Ruhestand mit Arbeitslosengeld II überbrücken zu müssen, um dann in den Genuss einer nur kleinen Rente zu kommen. Die Höhe dieser Grundsicherung wird damit noch mehr als bisher zum Maßstab für den Lebensstandard von Millionen Menschen.

Union und SPD erwägen zudem, künftig für Langzeitarbeitslose den möglichst frühen Rentenbeginn, auch mit Abschlägen, zwingend zu machen. Dann müssten Empfänger von Arbeitslosengeld II schon mit Erreichen des 60. Lebensjahrs in den Rentenbezug wechseln und dann ein um 18 Prozent gekürztes Ruhestandsgeld hinnehmen. Dies trafe zuerst Leute mit niedrigem Einkommen in ihrer Berufsbiografie.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Ein Ankurbeln der Konjunktur, um Binnenmarkt und Wachstum zu stimulieren, hätte die Kernfrage sein müssen, auf die CDU/CSU und SPD Antworten suchen. Die karge Hoffnung auf Wachstum wird jedoch durch eine verfehlte Steuerpolitik wieder zunichte gemacht. Damit werden weder neue Arbeitsplätze geschaffen, noch die Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft. Die



Während der Rede von Matthias Platzeck ist unser Delegierter Dieter Rosner auf der Großleinwand zu sehen

Armuts- und Reichtumsschere öffnet sich weiter. Unten wächst der Sockel der Überflüssigen auf die dann noch weiterer Druck ausgeübt wird.

Soziale Frage neu stellen

„Wir - und tatsächlich nur wir - sind ohne Wenn und Aber die Partei der einen und zusammengehörenden Gesellschaft in Deutschland“, so Matthias Platzeck. „Wir sind die Partei der Lebenschancen für alle. Wir, die Sozialdemokraten, sind die Partei des sozialen Zusammenhalts, die Partei der Chancengleichheit ...“

Diesem programmatischen Anspruch müssen wir auch die entsprechenden Taten folgen lassen.

Es ist unabdingbar, sich den vermeintlichen ökonomischen Zwängen der heutigen Form der Globalisierung nicht bloß anzupassen, sondern sie sozial und ökologisch zu gestalten. Die neoliberale These vom Ende des Sozialstaates ist kein Naturgesetz. Vieles deutet darauf hin, dass sich das europäische Modell der sozialen Demokratie als krisenfest und auch wirtschaftlich produktiver bewähren kann. Von daher ist die Überwindung des neoliberalen Einheitsdenkens, das die letzten Jahre geprägt und in die Krise des sozialen Denkens geführt hat, die wichtigste Aufgabe unserer Zeit. Wir müssen die soziale Frage neu stellen und dafür Sorge tragen, dass die große Koalition nicht zu einer verlorenen Zeit wird, sondern wichtige Anstöße für die Selbstbehauptung und Erneuerung der sozialen Demokratie gibt.

Dieter Rosner

Eckpunkte des Koalitionsvertrag im Überblick

Aus der Präambel des Koalitionsvertrages:

„Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demographischer Wandel und der Veränderungsdruck der Globalisierung verlangen große politische Anstrengungen, um heutigen und künftigen Generationen ein Leben in Wohlstand zu sichern. CDU, CSU und SPD stellen sich diesen Aufgaben. In gemeinsamer Verantwortung wollen wir das Land voranbringen. Wir werden unsere parlamentarische Mehrheit für strukturelle Reformen in Deutschland nutzen und wollen so das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der Politik gewinnen.“

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist zentrale Verpflichtung unserer Regierungspolitik. Wir wollen mehr Menschen die Chance auf Arbeit geben. Arbeit ermöglicht auch Teilhabe und Teilnahme am sozialen Leben...

Mit gezielten Maßnahmen wollen wir die Konjunktur in Fahrt bringen: Zur Stärkung von Innovationen, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung sowie zur Stärkung des Verbrauchervertrauens werden in fünf zentralen Bereichen konkrete Impulse in einem Gesamtvolumen von 25 Milliarden Euro gegeben...

Wir werden den Aufbau Ost fortsetzen und dazu beitragen, in den neuen Ländern ein wirtschaftlich selbst tragendes Wachstum zu erreichen. Wir werden deshalb die Investitionsförderung auf hohem Niveau in Ostdeutschland fortsetzen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen ...

Um Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine solide Basis zu stellen, sind die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in einer gemeinsamen Anstrengung zu konsolidieren. Wir werden: sanieren, reformieren und investieren und dabei die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen. Wir werden mutig sparen und Subventionen ab-

bauen. Das hat Vorrang. Aber ohne Steuererhöhung ist die für unser Land wichtige Konsolidierung nicht zu schaffen ...

Für das Sicherheitsgefühl der Menschen in einer sich schnell verändernden Welt ist das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Renten- und Krankenversicherung unabdingbar...

Wir werden die notwendigen Reformschritte unternehmen, um auch heute und morgen soziale Sicherheit zu gewährleisten... Wir wollen die föderalen Strukturen unseres Landes erneuern: Wir werden die Kompetenzen von Bund und Ländern entflechten, klare Verantwortlichkeiten festlegen und das Prinzip der Subsidiarität... Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage stellen...

Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus greifen innere und äußere Sicherheit immer stärker ineinander. Dem begegnen wir durch eine konsequente Sicherheitspolitik. CDU, CSU und SPD treten dafür ein, dass Deutschland darauf dringt, Konflikte friedlich zu lösen..."

Unter diesen Leitvorstellungen sollen die folgenden Eckpunkte umgesetzt werden, wobei grundsätzlich alles unter einem Finanzierungsvorbehalt steht.

Haushalt/Steuern:

Der Euro-Stabilitätspakt soll bis zum Jahr 2007 wieder eingehalten werden – durch einen Mix aus Steuererhöhungen, Leistungskürzungen und Subventionsabbau. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent kommt zum 1. Januar 2007. Die SPD setzte sich mit ihrer „Reichsteuer“, einem dreiprozentigen Zuschlag auf besonders hohe Einkommen, durch. Betroffen ist, wer jährlich mehr als 250000/500000 Euro (Ledige/Verheiratete) verdient.

Arbeitsmarkt:

Der Kündigungsschutz wird gelockert; die Probezeit wird bei Neueinstellungen auf 24 Monate ausgedehnt. Im Gegenzug wird die Möglichkeit gekippt, Arbeitsverhältnisse ohne sachliche Gründe auf zwei Jahre zu befristet. Die sog. Lohnnebenkosten: sollen von derzeit rund 41 Prozent auf unter 40 Prozent gesenkt werden. Beim Arbeitslosengeld II werden die Ost Sätze um 14 Euro auf das West-Niveau von 345 Euro angehoben. Die Möglichkeit, sich mit einer Ich-AG und



staatlichen Zuschüssen selbstständig zu machen, wird nur bis Mitte 2006 verlängert. Die Ich-AG wird mit dem Überbrückungsgeld zum neuen Arbeitsmarkt-Instrument zusammengelegt. Insgesamt sollen jährlich im Bereich der Grundversicherung 4 Mrd Euro eingespart werden

Ausbildung:

Der Ausbildungspakt für Jugendliche wird fortgesetzt. Jährlich sollen 30000 neue Plätze und 25000 betriebliche Einstiegsqualifizierungen von Wirtschaft und Handwerk kommen.

Renten:

Ein neuer „Nachholfaktor“ in der Rentenformel wird den 20 Millionen Rentnern in den kommenden Jahren Nullrunden beschern. Der Faktor führt

dazu, dass aktuell nicht vorgenommene Rentenkürzungen mit Erhöhungen in späteren Jahren verrechnet werden. Beschlossen ist die Rente mit 67 (statt 65) Jahren: Der Einstieg in jährliche Erhöhungen von einem Monat beginnt im Jahr 2012 und endet 2035. Um die Rentenkassen zu entlasten, ist für 2007 eine Anhebung des Beitragssatzes auf 19,9 Prozent vereinbart.

Gesundheit:

Eine grundlegende Reform der Krankenkassen wird erst im Jahr 2006 angegangen. Zunächst sollen die Ausgaben weiter eingedämmt werden. Die Preise für Medikamente werden für zwei Jahre eingefroren.

Mittelstand:

Abschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Firmen sollen verbessert und damit Investitionen angeregt werden. Zum Bürokratie-Abbau ist eine Reduzierung der Berichtspflichten von Unternehmen gegenüber Behörden vorgesehen. Mittelstand und Existenzgründer sollen besser gefördert, Risikokapital leichter mobilisiert werden. Das ERP-Förderprogramm soll als unabhängiger Vermögensfonds vollständig erhalten werden.



Handwerk:

Zur Förderung des Handwerks sollen 20 Prozent der privaten Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushalt begrenzt von der zuzahlenden Einkommensteuer absetzbar sein. Ein Maximalbetrag wurde nicht vereinbart. Bei der Handwerksreform soll überprüft

werden, ob für die meisterfrei gewordenen Berufe eine neue Mindestqualifikation eingeführt wird.

Familie:

Das Erziehungsgeld soll von 2008 an in ein einkommensabhängiges Elterngeld umgewandelt werden. Eltern, die wegen der Kindererziehung vorübergehend im Beruf pausieren, sollen für ein Jahr zwei Drittel ihres letzten Nettoeinkommens erhalten, maximal 1800 Euro im Monat. Die Zusatzkosten werden auf 1,5 Milliarden Euro beziffert. Alle familienpolitischen Leistungen werden in einer „Familienkasse“ zusammengeführt. Um Kinderarmut zu bekämpfen, soll der Kinderzuschlag vom kommenden Jahr an ausgebaut werden. Zusätzlich sollen damit 200 000 Kinder und ihre Eltern erreicht werden.

Bildung:

An der Grundstruktur des Bafög festhalten. Die Förderung für Studenten soll auch künftig als Zuschuss zum Lebensunterhalt gezahlt werden. Durch die Föderalismusreform werden den Ländern mehr Kompetenzen zugewiesen

Aufbau Ost:

Die Investitionszulage wird fortgeführt. Damit keine Förderlücke entsteht, soll bis Ende März 2006 ein mit den Ländern und der EU abgestimmter Gesetzentwurf vorliegen. Bis Mitte 2006 sollen Vorschläge für die erleichterte Bildung von Eigenkapital, eine bessere Kreditversorgung und ein hinreichend breites Angebot an Wagniskapital vorliegen. Es bleibt bei den Solidarpakt-II-Geldern (2005—2019 rund 156 Milliarden Euro).

Öffentlicher Dienst:

Die Länder sollen künftig über die Besoldung ihrer Beamten selbst entscheiden. Damit fällt die bundeseinheitliche Besoldungsregelung für die 1,7 Millionen Beamten weg.

Föderalismus:

Die Kompetenzen von Bund und Ländern werden entzerrt, die Blockademöglichkeiten des Bundesrates bei der

Bundesgesetzgebung eingeschränkt. Dafür überlässt der Bund den Ländern in der Bildungspolitik weitgehend freie Hand.

Justiz:

Die Kronzeugenregelung soll wieder eingeführt werden. Damit können Täter Straferleichterung erhalten, wenn sie mit der Justiz zusammenarbeiten.

Verkehr/Umwelt/Energie:

Steinkohlesubventionen sind bis 2008 garantiert. Ökostrom soll weiter geför-

dert, sein Anteil bis 2020 auf mindestens 20% ausgeweitet werden. Gebäudesanierung zur Energieeinsparung soll gefördert werden. Dafür will Schwarz Rot den Fördertopf von 360 Millionen auf 1,5 Milliarden Euro aufstocken. Eine Pkw-Maut wird abgelehnt.

Forschung/Entwicklung:

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung des Bundes sollen bis 2010 um rund drei Milliarden Euro über das heutige Niveau hinaus angehoben werden.

Weitere Forderungen an die neue Koalition der AsF Bayern auf Seite 16

Aus Anlass des Wechsels im Parteivorsitz und des Abschlusses der Koalitionsverhandlungen erklärt der SPD-Kreisverband Erlangen durch seine Kreismitgliederversammlung vom 17.11.2005:

Wir begrüßen die Wahl von Matthias Platzeck für das Amt des Parteivorsitzenden und vertrauen darauf, dass die SPD mit Matthias Platzeck an der Spitze und Franz Müntefering als Vizekanzler sozialdemokratisches Profil in die große Koalition einbringen und diese damit zu einem Erfolg für Deutschland machen werden.

Wir bedanken uns bei Franz Müntefering für seinen Einsatz für die Ziele unserer Partei und seine integrierende und ausgleichende Politik als Parteivorsitzender in schwierigen Zeiten. Er hat durch sein mutiges, weitsichtiges Handeln und seine Solidarität mit dem Kanzler und der Partei entscheidend dazu beigetragen, dass die SPD auch aus dem vergangenen, schwierigen Wahlkampf auf Augenhöhe mit der Union herausgegangen ist und die Politik der großen Koalition als gleichberechtigter Partner prägen kann.

Wir respektieren seine souveräne Entscheidung, den Parteivorsitz niederzulegen. Wir freuen uns, dass er als Vizekanzler und Arbeitsminister als Verbindungsglied zwischen Partei und Regierung zur Verfügung steht. Franz Müntefering steht für sozialdemokratische Grundsätze und für Gerechtigkeit bei den notwendigen Reformen des Sozialstaats. Für diese Aufgabe wünschen wir Franz Müntefering viel Kraft und Erfolg und versichern ihm unsere volle Solidarität.

Da Kompromisse das Programm einer Koalition prägen, werden wir die Politik der neuen Regierung mit kritischer Solidarität begleiten. Insbesondere die Beschlüsse zur Mehrwertsteuer, die durch die erfolgreiche Verhandlung der SPD von der Reichensteuer flankiert wird, und zum Arbeitsmarkt (Verlängerung der Probezeit) dürfen nicht einseitig zu Lasten großer Teile der Bevölkerung gehen.

Der geschäftsführende Kreisvorstand wird beauftragt, den Inhalt vorstehenden Beschlusses Matthias Platzeck, Franz Müntefering und der Öffentlichkeit in geeigneter Form mitzuteilen.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist zu einer guten Tradition geworden, dass in der letzten Mitgliederversammlung des Jahres unsere langjährigen Parteimitglieder geehrt werden.

Wir laden Euch herzlich ein zur



Ehrungs-Kreismitgliederversammlung am Dienstag, 13. Dezember 2005, 20.00 Uhr Hotel Bayerischer Hof, Schuhstraße, Kellergewölbe



ZUR

Ehrung unserer langjährigen Mitglieder



Wir freuen uns auf einen gemeinsamen und schönen Abend.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Folgende Genossinnen und Genossen werden geehrt:

Für 25 Jahre:

Karl Wiesent Werner Irsigler
Joachim Krämer Anni Ramming
Jutta Deinlein Uta von Stengel
Cem Mahmut Basak
Ursula Lanig Beate Herbrig
Heidelinde Gahler Ehrhard Pei-
berg

Für 40 Jahre:

Werner Fischer
Walter Görlitz
Lutz Reyher
Friedrich Schrenk
Harald Straube

Für 50 Jahre:

Gerd Junghänel

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächste Kreismitgliederversammlung

am

**Donnerstag, den 19. Januar 2006,
20.00 Uhr,
im FSV-Bruck, Tennenloher Str. 68**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles
2. **Halbzeitbilanz: – Bericht der SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat**
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Vorankündigung:

**Jahreshauptversammlung: Donnerstag, 23. März 2006,
20.00 Uhr im Turnerbund, Spardorfer Str.**

17.11. 2005

Antrag an die KMV am 19.1.06

Zur Reform des Sozialversicherungssystems in Deutschland

Positionspapier der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Projektgruppe der Erlanger SPD

Die bisherigen Änderungsvorschläge wurden eingearbeitet, so dass jetzt der vorliegende Antrag zur Abstimmung gestellt wird.

1. Vorbemerkung

In Zeiten schlechter Konjunktur insbesondere auch seit der deutschen Vereinigung wurde Sozialpolitik zunehmend geprägt durch vermeintliche Tageszwänge der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Lange bewährte Grundprinzipien der konzeptionellen Gestaltung verkamen. Der Stellenwert von Sozialpolitik in der gesamtstaatlichen Politik in Deutschland nahm erheblich ab. Die unausgesprochene Große Koalition der Sozialpolitiker von SPD und CDU, aber auch der bestehende weitgehende gesellschaftliche Konsens, die seit 1949 das Geschehen deutlich prägte, löste sich zunehmend auf. Neoliberale Vorstellungen gewannen in fast allen Parteien an Bedeutung, statt über die Absicherung des Sozialstaates wurde vermehrt über Leistungsreduktionen diskutiert. Der politische Stellenwert profilierte durchsetzungsfähiger Sozialpolitiker in den jeweiligen Parteien nahm ab. Karrieren auf der Grundlage sozialpolitischer Kompetenz wurden seltener. Sozialpolitik hat auch hierdurch an Bedeutung verloren.

Die konkrete gesellschaftliche Entwicklung zeigt, dass trotz sozialdemokratischer Führung der Bundesregierung Armut und soziale Benachteiligung strukturell weiter zunehmen, z.B. stieg die Zahl der Arbeitslosen, insbesondere auch der Langzeitarbeitslosen, aber auch der Sozialhilfeempfänger weiter an. Der Abstand zwischen den Einkommen im unteren und dem oberen Drittel der Bevölkerung nahm ebenso zu wie diese gesellschaftliche Polarisierung auch in der Vermögensverteilung zu beobachten ist. Über die

ser Entwicklung zu Grunde liegende Ursachen besteht kein gesellschaftlicher Konsens. Für alle Diskussionen über Veränderungsbedarfe wäre dies aber wichtig.

Strukturprobleme bei der Finanzierung des Sozialstaats werden allzu oft als Notwendigkeit zum Abbau von Sozialleistungen interpretiert. Die ebenfalls mögliche aus sozialdemokratischer Sicht eigentlich nahe liegende Variante, Finanzierungsmodalitäten angesichts des nach wie vor bestehenden hohen Wohlstandsniveaus umzugestalten, wird oft außer acht gelassen.

Kernpunkt der Arbeit der „Wirtschafts- und Sozialpolitischen Projektgruppe“ war die Diskussion über Strukturprobleme und Reformbedarf im System der Sozialversicherung in Deutschland.

Angestoßen war dies auch durch die Diskussion um die „Agenda 2010“. Eine wesentliche Rolle spielten hierbei Faktoren, die unmittelbar oder auch mittelbar die finanzielle Leistungsfähigkeit des Sozialversicherungssystems nachhaltig beeinflussen. Faktoren, die die Einnahmenseite beeinflussen (z.B. die Massenarbeitslosigkeit als Folge schlechter Wirtschaftsentwicklung) aber auch solche, die für die Ausgabenseite relevant sind (z.B. demographische Faktoren), spielen dabei eine Rolle.

In der Diskussion über das in Vorbereitung befindliche neue Parteiprogramm spielen diese Aspekte ebenfalls eine zentrale Rolle. Das Ergebnis dieser Diskussion in der Projektgruppe wird nachfolgend in den Grundlinien dargestellt.

2. Was will Sozialpolitik

Die Grundidee von Sozialpolitik ist, die Risiken des Lebens abzufedern und hierdurch ein Mindestmaß an materieller und gesellschaftlicher Absicherung zu gewährleisten. Durch gezielte Maßnahmen sollen Voraussetzungen für individuelle Chancengleichheit in allen Lebensbereichen gefördert und möglichst hergestellt werden. Ziel von Sozialpolitik ist es aber auch, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

Im Folgenden geht es um den durch die Sozialversicherung abgedeckten Bereich, der im Mittelpunkt der Projektgruppenarbeit stand. Es handelt sich darum

- die Risiken von Gesundheit und Krankheit abzusichern
- materielle Sicherheit im Alter zu gewährleisten
- Risiken des Arbeitsmarktes abzusichern (Arbeitslosigkeit, Invalidität, Qualifikationsdefizite)
- spezifische Belastungen von Familien mit Kindern auszugleichen
- Menschen mit unterschiedlichen körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten gleiche Chancen zur Teilhabe an allen Bereichen des Lebens einzuräumen.

Standards von Sozialpolitik leiten sich nicht unbedingt aus objektiven Daten ab sondern resultieren aus Wertvorstellungen und gesellschaftlichem Konsens. Sie spiegeln somit auch die ge-

sellschaftlichen Machtverhältnisse wieder. Zu bedenken ist, dass Sozialpolitik neben der ethisch abgeleiteten Funktion auch die Aufgabe hat, durch (relativen) sozialen Frieden gesellschaftliche Konflikte zu begrenzen und somit die Stabilität des ökonomischen und politischen Systems zu stützen. In jedem Fall ist Sozialpolitik auch ein Instrument, ungezügelt Kapitalismus auszubremsen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich diesem teilweise und zeitweise zu entziehen.

Aus der Natur von sozialen Problemlagen und dem fundamental vorhandenen menschlichen Bedarf an Sicherheit im Bereich der Existenzgrundlagen ergibt sich, dass sozialpolitische Strategien und Konzepte auf längere Dauer hin anzulegen sind.

3. Die Rahmenbedingungen für Sozialpolitik haben sich verändert

Die zentralen Gestaltungsmerkmale für unser Sozialversicherungssystem sind inzwischen etwa 120 Jahre alt. Sozialversicherung ist öffentlich-rechtlich organisiert und nicht unmittelbarer Teil des Staatshaushalts. Die Zweige der Sozialversicherung finanzieren sich im Prinzip durch lohnbezogene Beiträge. Ausgangspunkt für regelmäßige Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt sind meist spezifische Anlässe wie die Abdeckung von Kriegsfolgelasten oder Leistungen, die nicht zum Kern des Versicherungsauftrages gehören.

Die laufenden Leistungen werden durch die laufenden Einnahmen finanziert. Veränderungen bei den aktuellen Einnahmen tangieren somit unmittelbar die Leistungen. Es gibt keine Rücklagen / keinen Kapitalstock. Es handelt sich also um eine reine Umlagenfinanzierung.

Die Unabhängigkeit der Finanzierung vom Staatshaushalt hat sich insbesondere im Bereich der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung stark relativiert, weil die Beitragssätze einen hohen politischen Stellenwert haben. Es bestehen automatische Verpflichtungen des Staates, in Defizitsituationen mit Zuschüssen einzuspringen. Um diese zu begrenzen, erfolgten in der Vergangenheit oft rela-

tiv kurzfristig Eingriffe auf der Leistungs- oder Beitragsseite.

Hinzu kommen nachhaltige Veränderungen in den Rahmenbedingungen. Die Bevölkerungsstruktur, das Erwerbssystem und die sehr viel stärkere internationale Vernetzung durch die europäische Integration und internationale Arbeitsteilung (Globalisierung) verändern den Handlungsrahmen für Sozialpolitik. Als Kernfrage stellt sich dabei heraus, ob das bisherige Finanzierungssystem als sozial gerecht und ökonomisch vernünftig anzusehen ist.

a) **Demographie:** Die Lebenserwartung der Menschen hat in den letzten 50 Jahren deutlich zugenommen. Während früher die Lebenserwartung nach der Verrentung nur wenige Jahre betrug, liegt sie heute bei etwa 20 Jahren (wenn man das tatsächliche und nicht das rechtlich festgelegte Rentenalter betrachtet). Deutlich zurückgehende Geburtenzahlen haben darüber hinaus dazu geführt, dass schon heute aber noch mehr in der Zukunft die Relation zwischen Kindern/Jugendlichen, Erwerbstätigen und Ruhegeldbeziehern sich fundamental verschiebt.

Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung hat sich also nachhaltig verändert. Dieser Prozess wird in absehbarer Zeit ungebremst weitergehen. Hieraus resultieren deutlich veränderte Finanzierungsbedarfe insbesondere im Bereich der Rentenversicherung aber auch der Krankenversicherung. Beitragssätze haben sich hier in den letzten 50 Jahren fast verdoppelt. Durch vermehrte Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wurden noch größere Anstiege verhindert (so stammt gegenwärtig etwa ein Drittel der Einnahmen der Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt). Erhebliche weitere Anstiege sind bei nicht verändertem Finanzierungsmodus unvermeidlich, wenn man nicht das Sozialleistungsniveau drastisch absenken will. Auch eine graduell veränderte Lohnpolitik dürfte an der fundamentalen Finanzierungslücke mit ihren Auswirkungen auf die Beitragshöhe kaum etwas ändern. Voraussetzung wären dafür gesellschaftliche und ökonomische Machtverhältnisse, die nicht absehbar sind.

b) **Massenarbeitslosigkeit** ist in Deutschland seit längerem ein alltägliches Problem. Die lange anhaltende Beschäftigungskrise hat zu einer starken Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit geführt. Das heißt, dass von der Arbeitslosigkeit nicht alle Beschäftigtengruppen in gleicher Weise betroffen sind. So sind z. B. Personen ohne Berufsabschluss, gesundheitlich Beeinträchtigte und ältere Arbeitnehmer überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch starke regionale Unterschiede der Arbeitsmarktchancen bestimmen Niveaus von Arbeitslosigkeit. Strukturell lässt sich das Problem der unterschiedlichen Belastung einzelner Personengruppen nur nachhaltig durch intensive Investitionen in schulische und berufliche Qualifikation mindern. Qualifikationsdefizite sind nämlich als eine zentrale Ursache für solche Strukturalisierung zu betrachten. Zusätzlich kann die Förderung regionaler Mobilität einen positiven Beitrag leisten.

Bemühungen, dieser Probleme durch geeignete politische Instrumente Herr zu werden, haben bisher zu keinem durchschlagenden Erfolg geführt. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist zumindest auf längere Zeit hin nicht besonders wahrscheinlich. Zu bedenken ist, dass Vollbeschäftigung in der Geschichte der Bundesrepublik bisher auch nur etwa 10 Jahre bestand. Auch in der Zeit davor seit Beginn der Industrialisierung war sie die extreme Ausnahme.

Durch fortdauernde und seit Mitte der siebziger Jahre relativ kontinuierlich zunehmende Massenarbeitslosigkeit und deren sozialen Folgen ergibt sich ein hoher eher zunehmender Aufwand für sozialpolitische Intervention, der nur schwer durch die Versicherungsbeiträge der Beschäftigten zu finanzieren ist.

c) Im **Erwerbssystem** hat sich eine strukturelle Veränderung weg vom Normalarbeitsverhältnis (durchgängige lebenslange Erwerbstätigkeit mit voller Stundenzahl) entwickelt. Nahezu die Hälfte aller Erwerbstätigen arbeitet gegenwärtig im Lebensverlauf nicht kontinuierlich vollzeitig. Dies wird aktuell verstärkt bewusst durch die ICH-AG, Mini- und Midi-Jobs.

Auch Teilzeitarbeit oder z.B. der Wechsel zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit sorgen dafür, dass Regelungen, die die Höhe sozialpolitischer Leistungen ausgehend vom Normalarbeitsverhältnis bemessen, zunehmend nicht mehr tragfähig sind. Allzu viele Menschen werden deswegen im Alter nur unzureichende Renten beziehen können. Vielen der Betroffenen ist dieses in der vollen Tragweite nicht bewusst. Die Idee, durch zusätzliche private Absicherung (z.B. Riester-Rente, Rürup-Rente) dies zu kompensieren, trägt dabei nicht unbedingt, weil – neben den ökonomischen Risiken – nicht vollzeitig oder nicht kontinuierlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oft nur ein unterdurchschnittliches Einkommen erzielen und somit real wenig Spiel-

raum für zusätzliche Absicherung besteht.

d) **Bildungszeiten** haben sich deutlich verlängert. Hieraus ergeben sich (begrenzte) Rückwirkungen auf die Dauer der Erwerbstätigkeit. Das beinhaltet reduzierte Beitragszeiten und entsprechend auch niedrigere Beitragseinnahmen. Durch längere Bildungszeiten entstehen oft höhere Einkommen; dies wirkt sich aber wegen der Beitragsbemessungsgrenzen nicht voll auf der Einnahmenseite aus.

e) Von der **europäischen Integration** gehen vielfältige Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt aus, die mittelbar die Aufwände für Sozial-

politik in Deutschland steigern und die Einnahmedynamik im bisherigen Finanzierungssystem der Sozialpolitik mindern. Insbesondere einfache Beschäftigung aber auch andere verlagert sich in Länder mit deutlich niedrigeren Arbeitskosten (unmittelbare Lohnkosten und Kosten für Sozialversicherung) sofern die Möglichkeit besteht, das Arbeitsergebnis zu transportieren. Anzutreffen ist oft auch die Drohung mit Verlagerung; dies ist ein Instrument zur Reduktion arbeitsrechtlicher Standards und reduziert die Handlungsfähigkeit der nationalen Gewerkschaften und der Regierungen.

Freizügigkeit der Arbeitskräfte und nicht mehr oder deutlich weniger gehinderter grenzüberschreitender Verkehr von Gütern und Dienstleistungen führen zu veränderten Konkurrenzbedingungen und vermindern Lohndynamik im Inland und lassen auch die Arbeitslosigkeit hier ansteigen. Handlungsspielräume für gewerkschaftliche Interessenvertretung schrumpfen deutlich wie es die vielen Beispiele der letzten Zeit belegen, in denen es um die Alternative Standortverlagerung oder Einkommensminderung bzw. Arbeitszeitverlängerung ging. Nichts spricht dafür, dass sich diese Konstellation in nächster Zeit ändern wird. Erst wenn die Angleichung der Lebensniveaus in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wesentliche Fortschritte gemacht hat, ist mit einer gewissen Entlastung in Deutschland zu rechnen.

Analog gilt dieses in weiten Teilen auch für die zu beobachtende Globalisierung kapitalistischen Wirtschaftens gefördert durch überwiegend neoliberale wirtschaftspolitische Konzepte in den wichtigsten Industriestaaten.

Welchen Stellenwert die Festlegung von Mindeststandards durch die Europäische Union hat, die für alle Mitgliedsstaaten gelten, ist gegenwärtig nicht absehbar. Potentiell könnten diese recht bedeutsam werden, wenn man bedenkt, dass ein Gutteil der aktuellen Situation auch durch die jüngste EU-Erweiterung geprägt ist.

f) Insbesondere die von CDU/CSU und FDP durchgesetzte Finanzierung eines erheblichen Teils der **Kosten der deutschen Einheit**, die durch den Zu-

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nun sind die Würfel gefallen: Die SPD hat mit Matthias Platzeck einen neuen Vorsitzenden, den ich für einen echten Glücksfall für unsere SPD halte. Endlich findet der längst überfällige Generationenwechsel in der Parteispitze statt. Ich hatte mich bereits lange vor der Bundestagswahl entschlossen, nicht mehr für den Parteivorstand zu kandidieren um der jüngeren Generation die Möglichkeit zu geben, sich in der SPD zu profilieren. Der Parteivorstand hat sich auf dem Parteitag in Karlsruhe teilweise erneuert, und auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD ist dort mit einer deutlichen Mehrheit genehmigt worden. Durch den gezielten Einsatz der SPD-Vertreterinnen und Vertreter bei den Koalitionsverhandlungen, zu denen auch ich gehörte, trägt nun der Koalitionsvertrag eine deutlich sozialdemokratische Handschrift. Jetzt gilt es, diese Handschrift auch in der täglichen Politik der großen Koalition beizubehalten. Ich versichere Euch, dass ich mich dafür einsetzen werde.

Im Bundestag werde ich künftig dem Bildungsausschuss und stellvertretend dem Kulturausschuss angehören.

In Erlangen hab ich nun mein Wahlkreisbüro im August-Bebel-Haus bezogen. Dort könnt ihr Euch mit Euren Anliegen an mich wenden. Meine Mitarbeiter Karin Hauck, Gisela Niclas und Christian Pech werden sich dort um die Belange von Erlangen und dem Landkreis kümmern. Christian wird zusätzlich mein Berliner Büro betreuen.

Ich bitte Euch um Nachsicht, dass ich mich Anfang kommenden Jahres nicht bei Euren Veranstaltungen präsent sein kann, da ich mich wegen einer Hüftoperation im Krankenhaus befinden werde. Mein Büro wird aber in gewohntem Maße für Euch da sein.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch!

Herzliche Grüße

Eure Renate

Kontakt:

Renate Schmidt, MdB

Friedrich-List-Str. 5

91054 Erlangen

Telefon: 09131- 81 265 34

Fax: 09131 – 81265 35

Mail:

renate.schmidt@bundestag.de

sammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft und der daraus entstandenen Massenarbeitslosigkeit resultierten, über die Sozialversicherungen haben deren Haushalte insbesondere den der Arbeitslosenversicherung stark belastet. Ohne diese Belastung würde die Beitragsätze heute um fast 4 Prozentpunkte niedriger liegen. Die durch die deutsche Einheit entstandene strukturelle Belastung der Sozialversicherung besteht unvermindert fort, da es nicht gelungen ist, die Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen zu beseitigen. Vieles spräche dafür, diese Kosten aus öffentlichen Haushalten zu finanzieren, da sie nicht systembedingt sondern aus politischen Gründen entstanden.

4. Bisherige Finanzierungskonzepte von Sozialpolitik

Bisherige Finanzierungskonzepte von Sozialpolitik gehören auf den Prüfstand.

Kernbereiche der Sozialpolitik werden seit Ende des 19. Jahrhunderts durch lohnabhängige weitgehend paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragene Zuschläge finanziert. Hierdurch werden all die Wirtschaftsbereiche besonders belastet, die beschäftigungsintensiv produzieren. Aus zwei Gründen ist dies kontraproduktiv: zum einen wegen der arbeitsmarktlichen Konkurrenzbeziehungen. Wegen der Belastung mit relativ hohen Sozialversicherungsbeiträgen in Deutschland (in vielen anderen Staaten gibt es andere nicht lohnbezogene Finanzierungsmodelle) differieren die Lohnkosten zwischen ansonsten vergleichbaren Standorten im Ausland, so dass hierdurch in Deutschland an sich vorhandene Potentiale für Beschäftigung nicht ausgeschöpft werden können. Zum anderen werden ökonomisch besonders leistungsfähige Bereiche mit geringem Beschäftigungsanteil an der Wertschöpfung nicht entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der Sozialpolitik beteiligt. Es ist darüber hinaus nicht unbedingt plausibel, dass Einkommen aus Kapital, selbständiger Tätigkeit oder auch Beamtenentgelt nicht anteilig belastet werden, obwohl nicht selten das Solidarsystem durch diese Personengruppen für den Übergang in oder aus

beruflicher Selbständigkeit belastet wird.

Die Abgrenzungskriterien bei der Finanzierung von Leistungen sind unscharf. Manches, was von der Solidargemeinschaft der Sozialversicherungspflichtigen bezahlt wird, müsste eigentlich von der Entstehung der Ansprüche her gesehen anders finanziert werden. Die Finanzierung aus den Sozialversicherungsbeiträgen wurde manchmal auch gewählt, weil dieses sich politisch einfacher realisieren ließ.

5. Prinzipien der Finanzierung

Grundsätzlich anzustreben wäre eine Finanzierung des Systems sozialer Sicherung unabhängig von Arbeitslöhnen, weil es beim bestehenden Finanzierungsmodell zu einer strukturell übergewichtigen Belastung abhängiger Beschäftigung kommt und so vorhandene Potentiale für Beschäftigung nicht ausgeschöpft werden können sowie auch gegen das in Steuer- und Sozialrecht eigentlich übliche Prinzip der individuellen Belastung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verstoßen wird. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass in vergleichbaren Industriestaaten mehr oder weniger große Teile der Sozialversicherung durch Steuern und nicht durch Abgaben auf den Lohn finanziert werden. Wie dieses im Einzelnen in Deutschland realisiert werden könnte, hat das DIW in unterschiedlichen Studien diskutiert. Dabei besteht, das wird deutlich, erheblicher politischer Gestaltungsspielraum.

Die bisherige Orientierung der Leistungshöhe am bisherigen Lebensniveau ist aufrecht zu erhalten.

Eine entsprechende Veränderung des Finanzierungssystems hin zu lohnunabhängiger Finanzierung kann Schritt für Schritt erfolgen.

- Versicherungsfremde Leistungen sollten baldmöglichst ausschließlich aus Steuermitteln finanziert werden.

- Die hälftige Belastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollte grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben; der Arbeitgeberbeitrag sollte nicht lohnbezogen sondern wertschöpfungsorientiert bemessen werden. (Arbeitskostenanteile differieren

von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig extrem – unter 10% in Teilen der Industrie und nahe 100% in Teilen des Dienstleistungsbereichs - , entsprechend unterschiedlich fallen die Abführungen an die Sozialversicherung aus).

- An die Stelle bisheriger Sozialversicherungsbeiträge sollte eine an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen orientierte zweckgebundene Sozialversicherungsabgabe treten. Einzubeziehen wären Einkommen aus Arbeit, Kapital und Vermietung und Verpachtung. Sie könnte im Verbund mit der Einkommensbesteuerung erhoben werden. Hierdurch wäre die bisher ungleichmäßige Belastung unterschiedlicher Einkommensarten beseitigt und die Bemessungsgrundlage verbreitert. Zu klären ist auch, in welchem Umfang das „Existenzminimum“ in die Beitragsbemessung einbezogen wird.

Auf den kurzfristigen Prüfstand zu stellen sind darüber hinaus

- die Höhe der Beitragsbemessungsgrenzen (man kann auch Leistungen begrenzen bei unbegrenzter oder deutlich erhöhter Bemessungshöhe)
- die aus Beiträgen zu finanzierenden Leistungen (Der DGB vertritt z.B. die Position, dass die Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sondern aus Steuermitteln erfolgen sollte.)
- das Prinzip der unmittelbaren Proportionalität bei der Beitragsberechnung. Denkbar sind alternativ je nach Einkommenshöhe unterschiedliche Beitragssätze. Dies wurde z.B. in Frankreich realisiert.
- die organisatorische Effizienz der Träger der Sozialversicherung sowie die Abgrenzung der einzelnen Versicherungsweige zueinander.

6. Zur institutionellen Verankerung des Sozialversicherungssystems

Das Vertrauen in das bisherige System der Finanzierung resultiert trotz all seiner Schwächen auch daraus, dass es seit über 120 Jahren besteht. Die insbesondere in den letzten 15 Jahren gemachten intensiven Erfahrungen

mit der Beliebigkeit bei der Veränderung von sozialpolitischen Leistungen je nach Kassenlage hat zu einer starken fast existenziellen Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Entsprechend bestehen hohe Reserven gegen eine unmittelbare Finanzierung der Sozialleistungen aus Bundes- und Länderhaushalten. Voraussetzung für eine Akzeptanz eines reformierten Systems wären institutionelle Regelungen, die willkürliche nicht regelgebundene politische Interventionen verhindern und somit vor Tagesaktionismus schützen. Solche Mechanismen existieren bereits an anderer Stelle im politischen System Deutschlands, exemplarisch sei auf den Modellfall Bundesbank verwiesen. Auch höhere Quoren für Veränderungsbeschlüsse oder komplexere Beteiligungsprozesse unterschiedlicher Gremien wären denkbar.



Neugestaltung des August-Bebel-Hauses mit Büroeröffnung des Abgeordnetenbüros von Renate Schmidt

Nicht nur durch den Einzug von Renate Schmidt ins August-Bebel-Haus wurden einige Veränderungen und Renovierungsarbeiten vorgenommen.

Wir möchten Euch daher zu einem kleinen Empfang anlässlich der
Umgestaltung des August-Bebel-Hauses und der
Büroeröffnung des Abgeordnetenbüros von Renate Schmidt
**am 16.12.2005 um 14 Uhr ins August-Bebel-
Haus,**

Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen einladen.

Georg Brugger
UB-Vorsitzender

Renate Schmidt
Bundestagsabgeordnete

Wolfgang Vogel
Landtagsabgeordneter

Robert Thaler
Vorsizender des SPD-Kreisverbandes

Sparkassen-Finanzgruppe



Ein Blick in Ihre Zukunft
mit der Sparkassen-Altersvorsorge.

 Sparkasse
Erlangen

Mit unseren Angeboten zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge können Sie sich unbeschwert auf morgen freuen. Dafür sorgt Ihr maßgeschneiderter Vorsorgeplan mit starken Renditen für die Zukunft. Mehr dazu in Ihrer Sparkassen-Geschäftsstelle und unter www.sparkasse-erlangen.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Vorschlag zum Verfahren der Listenaufstellung zur Kommunalwahl 2008

DIALOGMODELL

1. Die Aufstellung der Liste für die Stadtratswahlen orientiert sich an den folgenden **Grundsätzen**:

oberste Priorität:

Reissverschlussliste

weitere Kriterien (die Reihenfolge spiegelt keine Prioritätensetzung wider):

- stadtteilmäßige Ausgewogenheit
- Verjüngung
- angemessene Berücksichtigung „neuer“ KandidatInnen auf aussichtsreichen Plätzen
- wesentliche Politikbereiche mit Fachkompetenz abdecken
- wesentliche gesellschaftliche Bereiche mit persönlicher Kompetenz ansprechen

Ziel: attraktives Gesamtangebot für die Erlanger Bevölkerung (ggf. auch unter Einbeziehung von „SeiteneinsteigerInnen“)

2. Verfahren

Unbeachtet der letzten Zuständigkeit der Nominierungsversammlung und der politischen Verantwortung der Führungsgremien wird ein Höchstmaß an Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten für die einzelnen Parteimitglieder und die entsprechenden Gremien angestrebt. Im Mittelpunkt der Listenfindung steht deswegen eine erweiterte Distriktkommission, die sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

je eine Vertreterin bzw. je ein Vertreter der Distrikte

je eine Vertreterin bzw. je ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaften (AsF, Jusos, 60 plus)

Kreisvorsitzende oder Kreisvorsitzender

Fraktionsvorsitzende oder Fraktionsvorsitzender

15 Mitglieder (erweitert um die OB-Kandidatin bzw. den OB-Kandidaten)

In der Kreisvorstandssitzung am 12.1.06 wird das Dialogmodell zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt.

Der GKV wird beauftragt, für eine quотиerte Besetzung der Kommission (d.h. mindestens 7 Frauen) Sorge zu tragen.

Zeitablauf:

September 2006 – Februar 2007 (parallel zur Dialog- und Kompetenzphase, d.h. zu der Phase, in der die SPD innerparteilich und mit den entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen ihre kommunalpolitische Programmatik diskutiert):

Selbst- oder Fremdbewerbung (mit normiertem Bewerbungsbogen, der z.B. Hinweise auf Beruf, Vereins- und sonstige gesellschaftliche Aktivitäten, Parteiaktivitäten etc. gibt)

evtl. externe KandidatInnensuche

März 2007:

Erstellung einer BewerberInnenliste durch den GKV

zwei zentrale parteiinterne Veranstaltung zur Vorstellung und zur Befragung der KandidatInnen

April 2007:

Reihungsvorschläge der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften (KandidatInnen aus dem jeweils eigenen Bereich), die über ihre Vertreterin oder ihren Vertreter in die erweiterte Distriktkommission eingebracht werden

Bildung der erweiterten Distriktkommission

Mai 2007 – Nominierungsversammlung

Arbeit der erweiterten Distriktkommission

Ende Juli 2007 – Listenaufstellungsversammlung

San Carlos und seine Partnerstädte

Begegnung in Erlangen 21. bis 23.10.2005

Seit 15 Jahren ist die kleine nicaraguanische Stadt San Carlos Erlangens Partnerstadt.

Zu diesem Anlass war es Frau Dagmar Paliwal, Partnerschaftsbeauftragte im Bürgermeisteramt der Stadt Erlangen, gelungen, das jährlich stattfindende Treffen der europäischen Partnerstädte von San Carlos in Erlangen zu organisieren.

VertreterInnen aus Nürnberg, Witten a.d. Ruhr, Linz (Österreich), Groningen (Niederlande) und Erlangen sowie selbstverständlich eine Delegation aus San Carlos (Städträte, Regionalbeauftragte) mit der sandinistischen Bürgermeisterin Dr. Marisol McRea-Quiroz an der Spitze berieten miteinander über Probleme, durchgeführte Hilfsmaßnahmen und Möglichkeiten der solidarischen Unterstützungs- und Zusammenarbeit.

San Carlos ist die Hauptstadt der Region Rio San Juan an der Südgrenze Nicaraguas zu Costa Rica. Der Rio San Juan mündet bei San Carlos in den großen Nicaragua-See – wichtiger Verkehrsweg zu den anderen Teilen des Landes, z.B. zur Hauptstadt Managua. Die Insel Solentiname im Nicaragua-See – Teil der Gemeinde San Carlos - wurde bekannt durch Ernesto Cardenal, Priester, Dichter, sandinistischer Revolutionär und nach der erfolgreichen Revolution 1979 Kultusminister Nicaraguas. Er lebte in Solentiname gemeinsam mit den Bauern und predigte und lebte die Befreiungstheologie. Seine Beziehungen zu San Carlos bestehen weiterhin.

Die Region San Juan mit San Carlos war unter der Somoza-Diktatur ständig benachteiligt und vernachlässigt worden. Trotz enormer Anstrengungen der sandinistischen Regierung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Einwohner (Alphabetisierung, Bodenreform, medizinische Betreuung für alle) leidet die ländliche Region Rio San Juan noch immer unter der zu gering ausgebauten Infrastruktur, dem unzureichenden Verkehrsnetz (unpassierbare Straßen bei Regenzeit!), der

mangelhaften Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und unter Ärztemangel. Die Verhältnisse haben sich unter den rechtskonservativen Landesregierungen seit der Wahlniederlage der Sandinisten 1990 weiter verschlechtert. Die Region ist zum großen Teil landwirtschaftliches Gebiet. Industrie ist kaum vertreten. Die Arbeitslosigkeit beträgt 25%. Die Bevölkerung lebt am Existenzminimum oder darunter.

Dr. Marisol McRea-Quiroz und ihre Mitarbeiter berichteten von ihren Problemen und Bemühungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung

Spürbar in allen Bereichen des täglichen Lebens ist noch immer eines der Hauptprobleme: die unzureichende Versorgung der Haushalte mit Trinkwasser sowie die Entsorgung des Abwassers. Noch längst nicht haben alle Haushalte einen Wasserleitungsanschluss, oft gibt es nur für 2 bis 3 Stunden am Tag fließendes Wasser. Das betrifft sogar die beiden Krankenhäuser. Trinkwasserbrunnen sind durch Überflutung und Abwasser gefährdet, die Bohrung neuer Brunnen wegen der geologischen Bedingungen äußerst schwierig.

Abgesehen von den gesundheitlichen Folgen behindert dieses Problem den von San Carlos und Region angestrebten Öko-Tourismus. Die natürlichen Bedingungen dafür wären ideal, eine hervorragende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Eine der ersten dringenden Maßnahmen ist der Ausbau von Uferstraße und Stadtpark sowie die Vergrößerung des städtischen Marktes (Markthalle).

Auch zahlreiche weitere dringende Projekte sind ohne finanzielle und personelle Unterstützung durch die Partnerstädte nicht zu realisieren, trotz der großen solidarischen Anstrengungen der Einwohner und der Gelder der Regierung. Ob Kultur- und Jugendzentren, Sportanlagen, Spielgeräte, Toilettenanlagen in Schulen und öffentlichen Einrichtungen, Verbesserung des Stadtbildes – die Herausforderungen und Hilfsmöglichkeiten für die Partnerstädte sind drängend und zahlreich.

Besonderer Erwähnung bedarf es eines Projektes: die Schaffung und Stärkung des Frauennetzwerkes, um Frauen in San Carlos zu mehr Rechten, ef-

fektiverer Ausbildung, besseren Arbeits- und damit Einkommensmöglichkeiten zu verhelfen.

Die verschiedenen Partnerstädte berichteten auf der Erlanger Konferenz von ihren vielfältigen Maßnahmen und Vorhaben in San Carlos. Es zeigte sich, dass Erlangens Aktivitäten weit hinter denen der anderen Partnerstädte zurücklagen und –liegen.

So traf es sich gut, dass der Beirat zur Agenda 21 der Stadt Erlangen unter Vorsitz von OB Dr. Balleis das Thema „Eine Welt: Erlangen-San Carlos“ zum Arbeitsschwerpunkt 2005/2006 machte, um dadurch die Partnerschaft mit San Carlos neu zu beleben und zu verstärken, z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Aktionen,

Vermittlung und Ermöglichung der persönlichen Kontakte mit San Carlos, vor allem aber durch finanzielle Unterstützung wichtiger Projekte.

Die Konferenz einigte sich auf eine schwerpunktmäßige Aufteilung der Aktivitäten und Projekte auf die verschiedenen Partnerstädte. Erlangen kann dabei besonders seine breitgefächerten Kernkompetenzen als Medizin- und Gesundheitsstadt einbringen und soll sich daher hauptsächlich im Gesundheitsbereich engagieren durch Zusammenwirken von Stadt, Universität, Siemens, Bürgerorganisationen und Vereinen. Als erstes Projekt ist dabei die Verbesserung der Infrastruktur der postoperativen Versorgung der



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

Patienten des Hospitals von San Carlos ins Auge gefasst.

Weitere Unterstützung sollte erfolgen in der Ausbildung von Ärzten, der Finanzierung von Studienplätzen für Studenten der Paolo-Freire-Universität San Carlos, der Zurverfügungstellung von gebrauchten medizinischen Geräten für das Hospital, der Kooperation bei der Tourismusförderung und der Verbesserung des Stadtbildes.

Bürgermeisterin Dr. Marisol McRea-Quiroz machte aber auch deutlich: Über die erbetene finanzielle und personelle Unterstützung hinaus ist die persönliche Begegnung der Menschen von San Carlos und Erlangen und die Verstärkung ihre Kontakte besonders wichtig und erwünscht. Daher wurde die Ankündigung von OB Dr. Balleis, im Februar 2006 San Carlos zu besuchen, freudig begrüßt.

Rosi Pfister

(Dieser Bericht wird auch im nächsten „Ladenbrief“ des Dritte Welt Ladens Erlangen erscheinen.)

Forderungen der AsF Bayern zu den Koalitionsverhandlungen:

Gleichstellungspolitik fortsetzen

Liebe Genossinnen und Genossen,

die AsF Bayern ist sich der schwierigen Finanzlage des Bundes bewusst. Gerade deshalb hätten wir kein Verständnis, wenn politische Fortschritte in der Gleichstellungspolitik die keine oder zumindest keine zusätzlichen Finanzmittel erfordern bei den Koalitionsverhandlungen auf der Strecke blieben.

Hinzu kommt, dass viele unserer Forderungen in Sonntagsreden (z.B. von Ministerpräsident Stoiber beim jährlichen Frauenempfang) oder in Schaulfensteranträgen der Union in den letzten Jahren im Bundestag auch von der anderen Seite des Verhandlungstisches vertreten wurden. Wir sollten sie beim Wort nehmen und daraus konkrete Politik machen!

Unsere Ministerin Renate Schmidt hat gezeigt, dass es möglich ist trotz unzureichender Ausstattung viel z.B. zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf den

Verbesserungen Hartz IV:

Forderungen der AsF Bayern

Liebe Genossinnen und Genossen, die AsF Bayern widersetzt sich den derzeitigen Äußerungen z.B. von Bayerns

Sozialministerin Stewens in der Öffentlichkeit, die den Anschein erwecken, Hartz IV Empfängern gehe es zu gut. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist die Lage für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II sehr angespannt.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Regelungen von Hartz IV einiger Nachbesserungen bedürfen, um die 4,6 Millionen Betroffenen vor Armut zu schützen. Wesentlich ist hierbei, dass bei allen Änderungen darauf geachtet wird, dass die Bedarfsdeckung und der Individualisierungsgrundsatz zur Gewährleistung einer armutsfesten Grundsicherung gegeben ist.

Die AsF Bayern fordert daher nachfolgende Punkte bei der Überarbeitung zu berücksichtigen:

- Wiedereinführung der einmaligen Beihilfen, um individuellen Sonderbedarf besser berücksichtigen zu können.
Hierdurch ist eine bedarfsgerechtere, zielgenauere, flexiblere und kostengünstigere Hilfeleistung möglich.
- Erhöhung der Regelleistungen, da der Betrag von 345,- monatlich nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands nicht mehr bedarfsdeckend ist. Vor allem ist die Zuzahlung im Bereich des Gesundheitswesens zu erhöhen, da 13,80 hierfür keinesfalls ausreichen.

- Bundeseinheitliche Berechnung der Unterkunftskosten (zuzuerkennende Wohnungsgröße in qm mal durchschnittlichem qm-Preis) unter Berücksichtigung des jeweiligen örtlichen Mietspiegels und Gewährleistung eines Ermessensspielraums zur Vermeidung unnötiger Härtefälle.

- Sicherstellung der Pflichtmitgliedschaft aller Bürgerinnen und Bürger in der Krankenkasse. Bereits jetzt sind um die 300.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger nicht krankenversichert.

- Fortbestand der Fördermöglichkeiten zur Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt für Personen (zumeist Frauen), die aufgrund der Anrechnung des Partnereinkommens aus dem Leistungsbezug herausfallen.

Hierbei sind 1,--Jobs nur als letztmögliche Maßnahme hinzuzuziehen, da durch diese meist keine regulären Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

- Bessere Verständlichkeit der Bescheide, da diese für die Betroffenen nur selten nachvollziehbar sind.
- Verbesserung der Kompetenzverteilung zwischen ArGe (Entscheidungszuständigkeit) und den Kommunen (Finanzierungsrahmenzuständigkeit), da durch die derzeitige Regelung der gesetzliche Ermessensspielraum der ArGe faktisch nicht gegeben ist.

- Bessere personelle Ausstattung der Leistungsträger zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten und Gewährung zeitnaher Leistungsbewilligungen.

Weg zu bringen. Diese Politik muss fortgesetzt werden.

Dies bedeutet für uns jedoch nicht, dass wir als SPD die Gleichstellungspolitik aus der Hand und in ein CDU-geführtes Ministerium geben. Wir erwarten vor allem von den SPD-geführten Ministerien, dass sie die Gleichstellungspolitik

sowie die frauenspezifische Betroffenheit im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeit immer berücksichtigen und mit bearbeiten. Hierzu gehört auch, dass die Verpflichtung zu Gender Mainstreaming in der Geschäftsordnung des Kabinetts verankert bleibt und als Verpflichtung auch für jedes Ministerium gilt.

Anger



**um 20.00 Uhr
im Angerwirt
(Guhmannstraße 10)**

zum Thema „**Kommunalpolitische
Halbzeitbilanz**“

statt.

Es referiert der stellvertretende Vorsit-
zende der SPD-Stadtratsfraktion, **Flo-
rian Janik**. Zu der Veranstaltung la-
den wir auch Vereine sowie die Bür-
gerInnen aus unserem Wohngebiet
ein.

Die Mitglieder treffen sich zum **nicht-
öffentlichen Teil der Sitzung** bereits
um **19.00 Uhr** im Angerwirt zu einer
kurzen **Vorstellung des Koalitions-
vertrags**.

Wie geplant findet unser gemütlicher

**Jahresabschluss beim An-
gerwirt
am Dienstag, den 20. De-
zember
ab 20.00 Uhr**

statt.

Zusätzlich möchte ich Euch darauf hin-
weisen, dass uns die GenossInnen
vom Distrikt Bruck am **Mittwoch, den
14. Dezember** ab **20.00 Uhr** zum
Weihnachtskegeln beim ATSV, Paul-
Gossen-Straße, einladen. Bitte gebt bei
Karin im Kreisverbandsbüro Bescheid,
ob Ihr teilnehmt.

Für den Vorstand mit solidarischen
Grüßen

Christofer Zwanzig

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Tel.: 4003764

eMail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen

für den Monat Dezember möchten wir
Euch zu einer Reihe von Terminen ein-
laden.

Wie bereits im letzten Monatsspiegel
angekündigt, findet unsere **öffentli-
che Distriktsversammlung** am

**Donnerstag, den 1. De-
zember 2005**

Bruck



Liebe Genossinnen und Genossen,

vor etlichen Jahren war es im Distrikt
üblich, sich vor Weihnachten bei einem
gemütlichen Kegelabend zu treffen.
Wir wollen das in diesem Jahr mal wie-
der aufleben lassen und würden uns
sehr freuen, wenn viele von Euch sich
dazu Zeit nehmen und kommen am

**Mittwoch, den 14. Dezem-
ber ab 20.00 Uhr auf der
Kegelbahn des ATSV Er-
langen, Paul-Gossen-Str.**

Wir haben dazu auch die Mitglieder aus
dem Distrikt Anger eingeladen, so dass
wir sicher zusammen einen netten
Abend verbringen werden.

Zur besseren Vorbereitung wäre es
schön, wenn ihr vorher kurz euer Kom-
men uns mitteilt.

Für den Vorstand

Wolfgang Peter

Vorsitzender:

Wolfgang Peter Tel.: 303090

eMail: bruck@spd-erlangen.de

Eltersdorf



Liebe Genossinnen und Genossen,

Unser nächstes Distrikttreffen ist am

**Dienstag, den 20. Dezem-
ber
um 20 Uhr
im Schützenhaus Elters-
dorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden

Vorsitzender:

Manfred Jelden Tel: 601333



Vorsitzender:
Thomas Hain

Einladung zur **Weihnachtsfeier**

Am Mittwoch, den 21. Dezember 2005

gehen wir in den Ratskeller, Gaisbühlstr. 4 um 19:00 Uhr

Einladung zur Mitgliederversammlung
des Distriktes Frauenaarach

**Am Dienstag, den 10. Januar 2006
um 20.00 Uhr**

Im AWO-Raum, Gaisbühlstr. 4

Thema wird in der Sitzung bekannt
gegeben.

Frauenaarach

Protokoll der Versammlung 15.11.2005

1. Nachlese Bundestagswahl

Resümee:

Die Armen werden wieder geschröpft und die Reichen werden immer reicher. Das Kindergeld wird gekürzt zum 25. Lebensjahr und die Bildungschancen für Ärmere werden weiter verschlechtert.

„Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“: Dies ist ein Fond über 100 Mill. , in den die Wirtschaft einzahlt. Damit werden Gutachten, Fernsehjournalisten und ganze Zeitungsseiten finanziert, um die öffentliche Meinung zu manipulieren.

2. Kommunalwahl 2008

Wir haben das Dialogmodell diskutiert und uns auch einige Gedanken über KandidatInnen gemacht.

Die Kommunalwahl 2008 soll Anfang nächsten Jahres nochmals auf der Tagesordnung stehen

Änderung im Dialogmodell: Statt „Verjüngung“ „angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen der Stadtbevölkerung“ (einstimmig)

3. Bericht aus dem Stadtrat

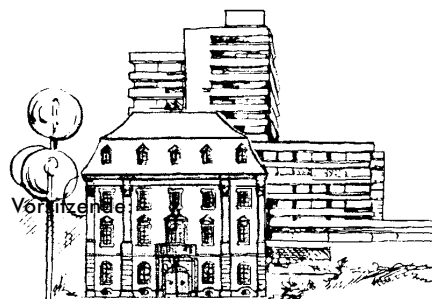
Gisela Niclas berichtet von den Haushaltsberatungen. Auch dieses Mal hat die SPD wieder einen Alternativvorschlag auf den Tisch gelegt.

Nach 20 Jahren soll die Gewerbesteuer von 410 (zum Vergleich Nürnberg 490, Fürth 450) auf 425 erhöht werden (= 3 Mill.). Die Frage nach Infrastruktur ist wichtiger (Kinderbetreuung, Schulen, ...) als Gewerbesteuerhebesatz für die Ansiedlung von Betrieben.

Dagegen soll die Grundsteuer soll nicht erhöht werden, da damit alle Betriebe unabhängig von der wirtschaftlichen Lage und alle Mieter zur Kasse gebeten würden.)

Weitere Infos stehen im Sonder-Rat-haustelegramm.

Innenstadt



Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserer nächsten Sitzung treffen wir uns

**am Donnerstag, 1. Dezember 2005
um 20.00 Uhr in der „Kulisse“ (Nebenraum)**

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Aktuelles

**2. Bericht vom Bundesparteitag
(Dieter Rosner)**

3. Halbzeitbilanz der SPD- Fraktion: Konsequenzen für den Distrikt

4. Verfahren zur Aufstellung der StadtratskandidatInnen

5. Verschiedenes

Unsere Sitzung im Januar findet statt am

**Dienstag, 17.1. um 20 Uhr
Ort: Kulisse, Nebenzimmer
Thema: Die Zukunft der sozialen Sicherung**

Hierzu wollen wir an die Diskussion auf der KVM im Oktober anknüpfen. Dieter Rosner wird als Mitglied der Projektgruppe eine Einführung in das Thema bieten.

Gleichzeitig möchten wir Euch bereits jetzt zu unserer

Jahreshauptversammlung einladen:
**Am Dienstag, 7.2., 20 Uhr
Ort: Kulisse, Nebenzimmer**

Tagesordnung:

1. Wahl einer Versammlungsleitung und Wahlkommission

2. Rechenschaftsbericht und Kas- senbericht

3. Aussprache

4. Entlastung des bisherigen Vorstands

5. Neuwahlen des Vorstands:
a. des/der Vorsitzenden
b. der Stellvertreterin und des Stellvertreters
c. der KassiererIn/ des Kassiers

6. Neuwahl der und des Delegierten im Kreisvorstand

7. Jahresplanung

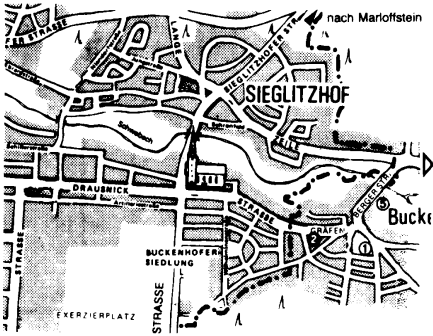
8. Anträge

9. Verschiedenes

Wir freuen uns auf rege Teilnahme – insbesondere auf der JHV!

Für den Vorstand

Barbara Pfister



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531

e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737

e-mail: moni.wendler@gmx.de

Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Weihnachtsfeier

**am Mittwoch, den
14.12.2005 , 19.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Wegen der Doppelausgabe Dezember
/ Januar

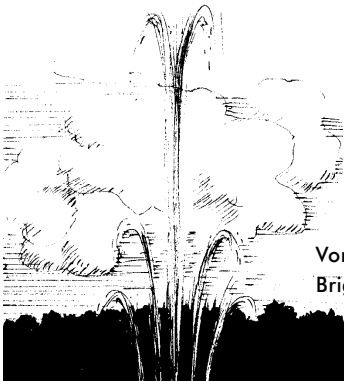
laden wir Euch schon jetzt herzlich ein
zu unserer ersten

Distriktversammlung

im neuen Jahr

**am Montag, den
09.01.2006 , 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Jochen Kraft



Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Süd

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch recht herzlich ein zu
unserer letzten Distriktversammlung in
diesem Jahr am:

**Mittwoch, 07. Dezember
2005 um 20.00 Uhr
im Biergarten Röthelheim.**

Tagesordnung:

- **Aktuelles**

- **Rückblick und Resümee**

- **Aufgaben für das kommende
Jahr**

Wir würden uns sehr freuen, wenn viele
kommen können.

Für den Vorstand: Brigitte Rohr



Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 13.12.05
Schlossgaststätte
20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. **Berichte (KV, KMV etc.)**
2. **Aktuelles**
3. **Verbindung SPD - Vereine**
4. **Sportplatzenerweiterung SVT**
5. **Konzept Tennenloher Bote**
6. **Terminfestlegungen 2006**
7. **Verschiedenes**

Vorschau:

Termin der Distriktversammlung im
Januar:

**Dienstag, 10.01.06,
Schlossgaststätte, 20.00
Uhr.**

Tagesordnung: s. Homepage des Di-
strikt

Für den Vorstand

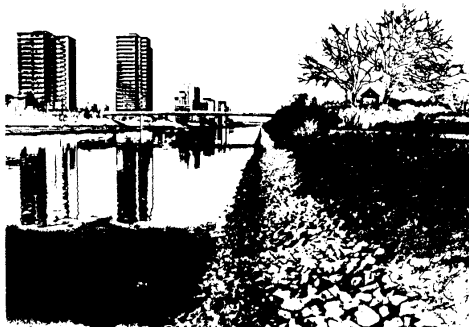
Rolf Schowalter



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924

e-mail: RolfSchowalter@t-online.de



Vorsitzender:

Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
ein politisch aufregendes Jahr geht zu Ende. Wie auch in den vergangenen Jahren ist unser Dezembertreffen eher unpolitisch und gesellig. Wir wollen uns zu unserem

**Karpfenessen / Jahresabschlusses-
sen am**

**Mittwoch, den 14.12.2005
um 19.00 im Gasthof Drei
Linden (Krapf) Alterlanger
Straße 6**

treffen. Auch all diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer, keine Zeit für unsere politischen Termine hatten, sind ausdrücklich eingeladen. Es kann doch auch ganz nett sein, den einen oder die andere GenossIn mal wieder zu sehen und einen Schwatz zu haben. Für unsere neuen Mitglieder ist es die Gelegenheit, ihren Ortsverein näher unter die Lupe zu nehmen.

Also kommt zahlreich!

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch zu unserer nächsten wieder politischen Versammlung herzlich einladen. Sie findet statt am

**Mittwoch, den 18. Januar
um 20.00 im Gasthof „Zur
Einkehr“ (Güthlein)**

Im Mittelpunkt des Abends steht eine Diskussion mit Dieter Rossmeissl, unserem Erlanger Kulturreferenten über die

Erlanger Kulturpolitik

Daran schließen sich die üblichen Tagesordnungspunkte Berichte (aus Kreisvorstand, Fraktion und Ortsbeirat) sowie Verschiedenes an.

West

Ausdrücklich seien auch Interessierte aus anderen Distrikten hierzu herzlich eingeladen.

Herzliche Grüße

Für den Vorstand: Gerd Peters

Kurzprotokoll der Sitzung vom 10.11.2005

Winfried Stein gab einen Überblick über den Stand der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung im Stadtwesten. Durch die inzwischen erfolgte Festlegung der Trasse für den Ringschluss des Adenauer Ringes verbleibt im Inneren des Ringschlusses auf der Westseite der bisherigen Bebauung zu wenig Platz für ein auszuweisendes neues Vereinssportgelände. Vieles

spricht dafür, alte Standortüberlegungen südlich des Bimbachs wieder auf zu nehmen. Konsens besteht, dass die endgültige Ausweisung im Flächennutzungsplan auf den Weg zu bringen ist, woran sich dann die konkrete Realisierungsplanung anzuschließen hätte. Einmütig wurde hierzu der separat abgedruckte Antrag verabschiedet, der noch im anschließenden Umlaufverfahren den letzten redaktionellen Feinschliff erhielt.

Feli Traub-Eichhorn berichtet über die aktuellen SPD-Positionen in der Debatte über den städtischen Haushalt 2006 (u.a. keine höheren Eintrittspreis für die Bäder, statt Grundsteuererhöhung wg. der Auswirkungen auf die Mieten lieber eine Gewerbesteuererhöhung). Die

Für eine neue Vereinssportanlage westlich des Kanals Be- schluss der November-Distriktsversammlung

Der SPD-Distrikt West fordert, dass mittel- und langfristig ein Vereinssportgelände westlich des Europakanals entstehen soll. Deshalb müssen die entsprechenden planerischen Voraussetzungen möglichst schnell geschaffen werden, anschließend soll die Realisierung angegangen werden. Informelle Kontakte mit den in Alterlangen, der Stadtrandsiedlung und Büchenbach aktiven Sportvereinen haben die Notwendigkeit einer solchen neuen Vereinssportanlage bestätigt.

Frühere Vorplanungen der Stadt zielten in die gleiche Richtung. Der bisher im Rahmen der Flächennutzungsplanung für eine Vereinssportanlage vorgesehene Standort ist aber durch das Verfahren zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes in Frage gestellt, da die dafür vorgesehene Fläche zugunsten von Wohnbau wesentlich verkleinert werden soll. Der im Flächennutzungsplan dargestellte Standort südlich des Bimbachs bietet einen brauchbaren Ansatz, der allerdings im weiteren Verfahren konkretisiert werden müsste.

Eine Vereinssportanlage ist notwendig, da westlich des Europakanals ca. 20000 Einwohner leben. Insbesondere für Kinder und Jugendliche ist die räumliche Nachbarschaft zum Wohngebiet eine wichtige Voraussetzung für sport-

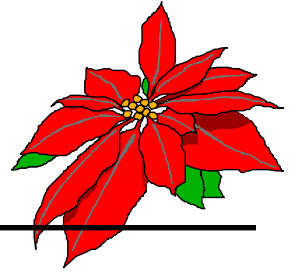
liches Engagement im wettkampforientierten Vereinssport.

Im Kern gehören zu einer solchen Vereinssportanlage Kapazitäten für den flächenintensiven Fußball (vielleicht ein A-Platz und mindestens zwei B-Plätze). Darüber hinaus wäre der Platzbedarf für weniger flächenintensive Sportarten im Einzelnen zu ermitteln. Schließlich sind Flächen für ein Vereinsheim vorzusehen. Die Nutzung dieser neuen mittelfristig zu realisierenden Vereinssportfläche sollte nicht ausschließliche Sache eines Vereins sein. Auf bisher schon bestehende und sicherlich künftig auszuweitende Formen von Kooperation zwischen Sportvereinen sei verwiesen. Im Rahmen der Feinplanung für eine solche Anlage wäre dieses zu konkretisieren auch unter Einbeziehung von Ideen zur teilweisen Verlagerung bestehender Aktivitäten.

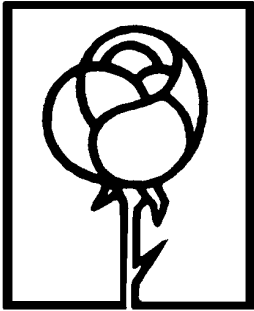
Es wäre wichtig, die Fläche für ein Vereinssportgelände von der Größe her möglichst bald exakt zu beschreiben und dieses dann frühzeitig auszuweisen, damit für Bauherren in den benachbarten Baugebieten die Rahmenbedingungen (Nachbarschaft zu einem Vereinssportgelände) von vorn herein klar sind. Nur so lässt sich langfristiger Verdross und hoher Ad-hoc-Aufwand für Lärmschutz u.a. auch im Zusammenhang mit der Ausweisung von Parkflächen vermeiden.

ASF plant eine Veranstaltung mit Begehung über frauengerechte Stadtplanung am Beispiel des Stadtwestens. Über den Stand der Nahversorgung und eventuelle Erweiterungsbedarfe in Büchenbach-West soll auf einer der

nächsten Distriktsversammlungen gesprochen werden ebenso wie über Bedarfe für altengerechtes Wohnen im Westen. Die Planung für einen neuen Westboten sollte bald anlaufen. Protokollführung: Gerd Peters



ASF



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114

Birgit Hartwig Tel.: 55939

Die ASF lädt ein
Hildegard Gröger Tel.: 502415

Julie Mildenberger Tel.: 23435

zur nächsten AsF-Mitgliederversammlung

**am Mittwoch, den 7. Dezember 2005
um 20:00 Uhr im August-Bebel-Haus**

Tagesordnung

1. **Aktuelles**
2. **Kommunalwahl 2008 und Dialogmodell**
3. **Weitere Planungen**
4. **Verschiedenes**

Wir freuen uns auf Euer Kommen und eine anregende Diskussion.

Unsere Weihnachtsfeier findet am
**Samstag, den 17. Dezember 2005
um 19:00 Uhr**

im Frauenzentrum statt.

Bitte kommt zahlreich und bringt etwas Feines mit.

Terminvorschau:

11. Januar: AsF-Mitgliederversammlung zum Thema Unisextarife

1. Feb: Jahreshauptversammlung

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Protokoll der AsF-Sitzung vom 9.11.05

1. Aktuelles

Die nächste Bürgerinnen-Versammlung findet um 20:00 Uhr im Ratssaal/kl. Lades Halle statt.

Das Programm DAPHNE (Förderprogramm der EU gegen Gewalt an Frauen, Kindern und Jugendlichen) darf nicht mit dem Anti-Drogen-Programm zusammengelegt werden. Dieses wichtige und äußerst erfolgreiche Programm zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche wird dadurch nicht nur der Zuständigkeit des Ausschusses der Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) entzogen, sondern ist auch in seiner Eigenständigkeit gefährdet. Wir alle wissen, was passiert, wenn Frauenthemen aus Gründen der Rationalisierung anderen Themen untergeordnet werden.

Die AsF Erlangen schickt den Protestbrief an die Europäische Kommission ab und bittet den KV um Unterstützung. (einstimmig)

Der AsF-Landesvorstand fordert die GenossInnen, die die Koalitionsverhandlungen führen, auf, Nachbesserungen in Bezug auf Hart IV (u.a. Sicherstellen der Pflichtmitgliedschaft in der Krankenkasse, Fortbestand der Fördermöglichkeiten zur Wiedereingliederung, ...) durchzusetzen.

2. Frauengerechte Stadtplanung

Unter dem Aspekt der Gleichstellung wurde in den letzten Jahren bei der städtebaulichen Planung nichts beachtet.

Beispiele:

ARCADEN-Planung

Wohngebiet Röthelheim: Es gibt überhaupt keine strategische Stadtplanung in Erlangen. Die Planung wird nahezu ausschließlich nur noch vom Markt bestimmt. Städtebauliche Überlegungen spielen keine Rolle mehr. Bei Grundstücken, die nicht sofort vermarktet werden können, werden nach Investorenwünschen umgeplant. Dies nennt sich dann „Neue Vielfalt“. Ein steiler Zahn klotzt aus dem Reihenhausbau. Spielplätze werden zeitverzögert gebaut.

Wohngebiet West: Es wurden massive Fehler in der Planungskonzeption gemacht: Straßenplanung ist kinderfeindlich. „Spielstraßen“ wurden auf 2 Spuren verbreitert und gerade geführt. Dies führt dazu, dass zu schnell gefahren wird.

Das Stichstraßenkonzept (Gemeinsame Parkanlage, Straßen sind schmal und leicht abgeknickt) wurde aufgegeben. Dieses intelligente Konzept wurde breiten Ringstraßen geopfert. Die Krönung ist die Prachtschneise bis nach Häusling. Schildchen sollen die Autofahrer dazu bewegen, langsamer zu fahren. „Wer Straßen säht, wird Verkehr ernten.“

Da alle Grundstücke jetzt schon vermarktet sind, ist eine Überführung in andere Wohnformen nicht mehr möglich; d.h. Es wird eine zweite „Reuth“ in 10 Jahren, eine „Schlafstadt“. Es müssen Grundstücke für andere Bedürfnisse freigehalten werden.

Fazit: Im Alltagsgeschäft wird der Blick auf frauenfreundliches Planen aus den Augen verloren.

Den alten Kriterienkatalog gibt es noch, aber es will keiner was davon wissen. Die GeWoBau wurde finanziell ausgeblutet. Deshalb gibt es auch hier keine Möglichkeit.

Was steht nun an?

Dies muss zusammen mit Distrikt Süd oder West zum Thema gemacht werden. Begehungen in ausgewählten Wohngebieten und eine Veranstaltung mit einer Architektin oder Stadtplanerin müssen organisiert werden.

Was f. Frauen gut ist, ist für Kinder, für Senioren, und Behinderte gut. – Ist für Alle gut.

Die demographische Entwicklung muss in die Verkehrsplanungen einbezogen werden.

3. **Verschiedenes:**

Das Jubiläum zum 20 Jahre Frauengruppentreffen wird vorbereitet.

· Frauenkonferenz zum 25. November 2006: Partnerinnenstädte (über Dagmar Paliwal) einladen, Frauentanz,

Vorstellung bei OB, Beantragung von EU-Mitteln,

· 8. März: Generationengespräch (Gleichstellungsstelle ER und Nbg.)

· Notruf: Benefiz-Veranstaltung (Kultur im E-Werk)

Für das Protokoll

Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:

Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen!

Unsere Weihnachtsfeier findet in diesem Jahr

wieder in Dreycedern statt und zwar

am 22.12. 15-17 Uhr Altstädter Kirchenplatz 6.

Im Neuen Jahr wollen wir uns im August-Bebel-Haus

treffen und zwar

am 12.1.2006 um 17 Uhr.

Bis dahin wird die Große Koalition noch keine wesentlichen Änderungen in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Rente beschlossen haben, so daß eine Diskussion hierüber noch

verfrüht ist. Wir können stattdessen über andere brennende Themen beraten, die aktuell sind, z.B. Dialog der Generationen und Planung neuer Wohnformen für pflegebedürftige Senioren wie die Hausgemeinschaften, die wir am 10.11. in so eindrucksvoller Weise in Bamberg gesehen haben.

Bitte erscheint möglichst zahlreich zu beiden Veranstaltungen. Für Essen und Trinken bei der Weihnachtsfeier ist gesorgt. Ihr könnt auch Gäste mitbringen.

Bis dahin! Eure Brigitte



Vorsitzende:

Birgit Brod

e-mail:

biggibrod@gmx.de

Liebe Jusos,

wir laden euch herzlich ein an folgenden Terminen teilzunehmen:

Samstag, 10.12., ab 20.00: Jahresabschlussfeier

Mittwoch, 14.12., 20.00: Juso-Unterbezirks- konferenz

Die jeweiligen Orte erfahrt ihr unter www.spd-erlangen.de, oder ihr schreibt eine Mail an birgit.brod@jusos-erlangen.de

MsG

Birgit



Arbeitskreis Wirtschaftspolitik

Liebe GenossInnen,

wir wollen im neuen Jahr im Wirtschaftspolitischen Arbeitskreis wieder regelmäßig über aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik diskutieren und uns dabei vor allem auch mit den theoretischen Grundlagen befassen.

Wir laden euch herzlich ein für

**Mittwoch, den 1. Februar 2006,
20.00 Uhr**

**Nebenzimmer der Kulisse (Theater-
straße)**

Zum Einstieg in die Diskussion wollen wir folgenden Text diskutieren:

Karl Georg Zinn

Wie Reichtum Armut schafft
Weshalb die neoliberalen Versprechungen nicht aufgehen

Den Text leite ich vorab allen Interessierten gerne zu

(Tel. 502481, dieter.rosner@fen-net.de)

Dieter Rosner

Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im Dezember und Januar ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

Dezember 2005

- 02.12. Helmut Straub
74 Jahre
- 06.12. Alfred Emig
87 Jahre
- 09.12. Maria Schmeets
79 Jahre
- 09.12. Jochen Radke
50 Jahre
- 12.12. Thea Schulze
90 Jahre
- 17.12. Reinhard Rottmann
50 Jahre
- 20.12. Werner Funk
77 Jahre
- 23.12. Ludwig Mühlbauer
65 Jahre
- 31.12. Dietmar Hahlweg
71 Jahre

Januar 2006:

- 05.01. Werner Fischer
75 Jahre
- 12.01. Joachim Wolter
65 Jahre
- 13.01. Willi Goehlke
83 Jahre
- 17.01. Anette Seefried
50 Jahre
- 20.01. Georgios Petridis
81 Jahre
- 27.01. Margarete Chuako
79 Jahre
- 28.01. Liselotte Seitz
83 Jahre
- 31.01. Adolf Steinmüller
88 Jahre



Liebe Genossinnen und Genossen,

seit der vergangenen Wahl nehme ich mit

Besorgnis Stimmungen in unserer Partei wahr, die zu einer großen Gefahr für den inneren Zusammenhalt werden können. Da gibt es große Unzufriedenheit über die Berücksichtigung der bayerischen SPD in der neuen Regierung, sowie Schuldzuweisungen am Wahlausgang und Zweifel, ob die nun angestrebte Große Koalition der richtige Weg war.

Doch was können wir aus dem Wahlergebnis ablesen? Zunächst einmal, dass es unserem politischen Gegner nicht gelungen ist, jenen großen Sieg davon zu tragen, mit dem er so sicher gerechnet hat. Die langen Gesichter am Wahlabend haben Bände gesprochen. Unserer Partei ist es, vor allem auch durch den großen Einsatz Gerhard Schröders gelungen, ein achtbares Ergebnis zu erreichen. Wir alle wissen, welche Person und Gruppierung die Schuld daran trägt, dass uns der große Triumph versagt geblieben ist. Ein Hinweis darauf, wie wichtig innerparteilicher Zusammenhalt, auch bei unterschiedlichen Vorstellungen und harten Auseinandersetzungen bleibt.

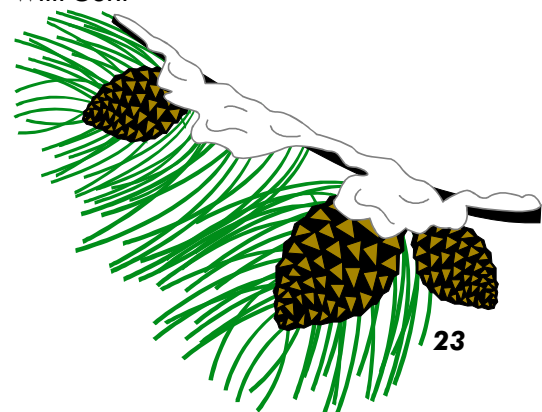
Und darüber hinaus eine deutliche Aussage der Wählerinnen und Wähler, dass sie eben keine kalte Marktwirtschaft wünschen, sondern den Erhalt und zeitgemäßen Ausbau der sozialen Marktwirtschaft befürworten.

Welche Alternative gab es nun, zu der sich abzeichnenden Lösung einer Großen Koalition? Den Wählerinnen und Wählern wäre, davon bin ich überzeugt, nicht zu vermitteln gewesen, starr auf einen Kanzler Schröder zu beharren und damit Neuwahlen zu provozieren. Folgerichtig hat unsere Partei den Wählerauftrag angenommen, in einer schwierigen Konstellation Verantwortung zu übernehmen. Nun gilt es in den nächsten vier Jahren jene Aufgaben anzugehen, die unser Land bedrücken, allen voran der Abbau der Schuldenlast um die weitere Umgestaltung und finanzielle Sicherung der Sozialsysteme.

Das Beispiel Frankreich zeigt uns in diesen Tagen nur zu deutlich, welcher Gefahr der demokratische Staat ausgesetzt ist, wenn ganze Bevölkerungsgruppen ins Abseits gedrängt werden. Eine derartige Situation kann im Übrigen auch nicht im Interesse der Wirtschaft liegen.

Für unsere Partei geht es darum, in dieser Regierung sozialdemokratisches Profil zu zeigen, da weiter zu machen, wo die Regierung Schröder an den Mehrheitsverhältnissen gescheitert ist. Darauf zu dringen, dass bei allem notwendigen Schuldenabbau, die sozial Schwächeren nicht auf der Strecke bleiben dürfen, ein finanzierbares System sozialer Absicherung erhalten bleibt und Arbeitnehmerrechte nicht willkürlich ausgehebelt werden. Und es geht auch darum, den Zusammenhalt der SPD zu gewährleisten. Dafür müssen die verschiedenen Interessengruppen innerhalb der Partei zu Kompromissen bereit sein. Ich appelliere an jeden von uns, egoistische Interessen und verletzte Eitelkeiten hinten an zu stellen, um unser Land voran zu bringen und unserer Partei eine gute Ausgangssituation für die nächsten Wahlen zu verschaffen.

Willi Gehr





SPD - Rathaustelegramm

Haushalt 2006:

„Verantwortung für Erlangen“ – SPD-Stadtratsfraktion legt eigenes Konzept vor

Die SPD-Fraktion hat für 2006 auch dieses Jahr wieder als einzige Fraktion ein umfassendes Haushaltskonzept für einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Haushalt vorgelegt:

- Wir setzen Schwerpunkte für Erhalt und Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur z.B. für den Erhalt der Altenbetreuerinnen in den Stadtteilen, für die Schaffung von Ausbildungsplätzen, für zusätzliche Investitionen in Schulen, Umweltmaßnahmen, Bildungs- und Pflegeeinrichtungen.
- Wir unterbreiten Vorschläge zu Einsparungen, aber auch zur Verbesserung der Einnahmen - z.B. durch eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer. Wir wollen für das städtische Gebäudemanagement eine neue Organisationsform, um flexibler und schneller zu werden mit kommunalen Investitionen.
- Wir lehnen die Erhöhung der Grundsteuer ab, Kürzungen für die Kulturvereine, Gebührenerhöhungen für die Stadtbücherei und höhere Eintrittspreise in die Schwimmbäder.
- Wir setzen uns dafür ein, dass von der Stadt nach vielen Jahren endlich wieder ein Kulturpreis vergeben wird.

Stadtspitze und Kämmerer: „Same procedure as every year“

Wie in den vergangenen Jahren haben Stadtspitze und Kämmerer auch für 2006 einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der nicht ausgeglichen ist. Weit über 10 Mio. Euro fehlen zur Abdeckung der Lücke. Wie in der Vergangenheit, zeigt sich auch jetzt wieder bei den laufenden Haushaltsberatungen, dass diese rechnerische Lücke vor allem einem Zweck dient: Weitgehende Verweigerung inhaltlicher Diskussionen bei gleichzeitig gebetsmühlenhaft wiederholtem „Credo“ von Oberbürgermeister und CSU/FDP/FWG-Mehrheit vom „Spar“zwang und vom Schuldenabbau, während gleichzeitig der Investitionsstau immer größer wird.

Die **SPD-Fraktion** sieht sehr wohl, dass die finanziellen Handlungsspielräume begrenzt sind. **Wir wollen keine Neuverschuldung, wir setzen aber auf Investitionen statt auf Schuldenabbau.** Das sichert Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft. Im Vergleich zu anderen Städten, die massive finanzielle Probleme haben, geht es Erlangen vergleichsweise gut. Dies stellte sogar Bundespräsident Köhler im Rahmen seiner Festansprache beim 100jährigen Jubiläum des Deutschen Städtetages im Mai 2005 in Berlin fest. Dennoch gilt auch aus unserer Sicht:

Notwendiger denn je: Reform der Kommunalfinanzen

Einst waren die Städte der Motor von Wachstum und Innovation. Heute werden sie finanzpolitisch zunehmend zwischen Bund und Ländern zerrieben. Ständige Geldknappheit und Mangelverwaltung der Kommunen schaden jedoch auf Dauer dem ganzen Land. Deswegen muss die Reform der Gemeindefinanzen, die von der Rotgrünen Bundesregierung begonnen wurde, auch von der Großen Koalition fortgesetzt werden. Die Erlanger SPD wird sich an der Diskussion darüber aktiv beteiligen.

Das Haushaltskonzept 2006 der SPD-Fraktion

Haushaltsanträge der SPD-Fraktion in Zahlen:

	Ansatz Kämmerer	SPD-Forderung
Schulen: EDV-Ausstattung an Schulen		+100.000
Gebäudesanierung an Erlanger Schulen		+400.000
Büchergeld: soll nicht zum Haushaltsabgleich verwendet, sondern den Schulen in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden	0	+90.000



SPD – Rathaustelegramm

Förderung des Schüleraustauschs mit den Partnerstädten	8.000	+30.000
Verkehr: Radweg Regnitztal	0	+20.000
Radweg Bruck - Frauenaurach	20.000	+80.000
Gehweg Weisendorfer - Hemhofenerstr.	0	+105.000
Finanzzuweisung an die ESTW zur Sicherung des ÖPNV 0		+900.000
Durchführung der Geschwindigkeitsüberwachung in städtischer Zuständigkeit: führt zu Mehreinnahmen von 200.000		
Städtische Parkraumüberwachung: Zurücknahme der zwei Stellenstreichungen (kostendeckend durch Mehreinnahmen); verbessert Sicherheit für Fußgänger,		
Anwohner und Radfahrer, führt zur Einhaltung von Regeln, verbessert Ordnung in der Innenstadt		
Sanierung der Äußeren Brucker Straße: keine Streichung der für 2006 geplanten Maßnahme		
Umwelt: Dechsendorfer Weiher: Fortführung der begonnenen Sanierung	0	+240.000
Förderung privater Energiesparmaßnahmen	10.000	+15.000
Zuschüsse an Naturschutzorganisationen	24.600	+3000
Planung nachhaltiger Maßnahmen zum Umweltjahr 2007	0	+50.000
Feuerwehr: Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Dechsendorf	0	+20.000
Soziales: Frauenhaus	189.000	+22.920
Kindergruppe Frauenhaus	44.700	+12.050
Notruf für vergewaltigte Mädchen und Frauen	55.200	+8.050
Fliederlich e.V.	0	+5.000
Aufbau eines Pflegenotdienstes	0	+15.000
Förderung von Hausgemeinschaftsmodellen: Investitionszuschüsse an Träger von Pflegeeinrichtungen für den Umbau von Stationen	20.000	+80.000
Erhalt der zwei zur Streichung vorgesehenen Stellen „Altenbetreuung in den Stadtteilen“		
Jugend: Förderung der Jugendarbeit im Easthouse	107.000	+25.000
Jugendsozialarbeit/Streetwork in der Innenstadt	0	+25.000
½ Stelle im Jugendamt: Fachliche Begleitung des „Bündnisses für Familie“		
Frauen, Kultur und Freizeit: Freizeitanlage im Anger	0	+20.000
Skateranlage Kriegenbrunn	0	+10.000
Frauengruppentreffen	0	+4000
Frauzentrum	0	+18.000
Mütterzentrum	11.200	+11.200
Städtische Sammlung/Galerie	1.000/2.500	+4000
Anschaffung von Büchern, Tonträgern und Videokassetten in der Stadtbücherei	109.500/ 10.000/6.000	+20.000
Stadtmuseum: für Kinderausstellung	15.500	+15.000
Stadtmuseum: Instandhaltung, Anschaffung, Sammlung	2.500	+5.000
Stiftung Museumswinkel: Um –und Ausbaumaßnahmen, u.a. zur Schaffung der Voraussetzung zur zeitweisen Auslagerung der städt. Einrichtungen im Palais Stutterheim, keine Verschiebung der Sanierung des Palais Stutterheim	0	+250.000



SPD – Rathausstelegramm

Wissenschaftl. Museum: Sammlungsstücke, Ausstattung	12.000	+25.000
½ Stelle im Kultur- und Freizeitamt „Literaturbüro“		
Integration, Partnerschaften, internationale Zusammenarbeit: Städtepartnerschaften	32.000	+20.000
Städtepartnerschaften, partnerschaftsähnliche Beziehungen: Schwerpunktsetzung kommunale Entwicklungszusammenarbeit, San Carlos: Agenda-Projekt zur Verbesserung der medizinischen Versorgung	32.000	+10.000
Frauenkonferenz Partnerschaften	0	+5000
Fest „Miteinander leben“: Durchführung in 2006 sichern	0	+25.000
½ Stelle „Sachbearbeitung Ausländerbeirat“		
Sport: Anschaffung von Sportgeräten	600	+5000
Baumaßnahmen an Schulsportanlagen	10.000	+10.000
Förderung des Sportstättenbaus	100.000	+30.000

Inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeitsprogramme 2006 der Referate und Ämter:

Ohne Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Erlangen keine dauerhafte Sicherung

und Verbesserung der Einnahmen! Erlangen will Spitze sein und braucht daher auch eine Spitzeninfrastruktur. Unter der Überschrift „**Standort sichern – Kompetenzen stärken**“ halten wir folgende Aktivitäten für besonders wichtig:

Erstellung einer Potentialanalyse, d.h. genaue Dokumentation von Stärken und Schwächen in Zahlen, Daten und Fakten als Grundlageninformation für Investitionsplanungen, Qualifikationsentwicklung von Beschäftigten, Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen, künftigen Infrastrukturbedarf u.a. **Genügend Ausbildungsplätze**, d.h. verstärkte Fortführung bereits laufender Maßnahmen und Schaffung von Vollzeitausbildungsplätzen in der Berufsschule nach dem Nürnberger Vorbild

Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelstand durch Abbau des kommunalen Investitionsstaus: das städtische Gebäudemanagement soll eine neue Rechts- bzw. Organisationsform erhalten, z.B. mit den ESTW kooperieren, um flexibler und schneller zu werden bei der Finanzierung von Projekten durch die Nutzung von Steuervorteilen und Einsparung von Energiekosten bei Sanierungen (Contracting)

Gesamtkonzept für den Einzelhandelsstandort und Parkleitsystem für die gesamte Innenstadt: Arcaden und sonst nichts, das ist nicht genug für Erlangen. Der Bestand muss weiterentwickelt und die Erreichbarkeit gesichert, die Gleichbehandlung von Investoren sichergestellt werden.

Energieberatung für kleine und mittlere Unternehmen durch das Umweltamt mit dem Ziel der Kosteneinsparung durch effizientes Energiemanagement.

Neubau von Sozialwohnungen durch Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Gewobau

Weitere Stichworte:

- Fortführung der erfolgreichen Maßnahmen gegen „Burnout“ an städtischen Schulen
- Armutsprävention durch Erstellung eines Sozialberichtes
- Fertigstellung des Bäderkonzeptes in 2006
- Konzept für Sanierung oder Neubau des Erlanger Frauenhauses
- Sicherung der Lernstube im „Kosbacher Schulhaus“
- Sicherung der Beratung ausländischer ArbeitnehmerInnen
- Konzept für ein „Sozialrathaus“ in der Schuhstraße (ehem. Polizeigebäude) mit integrierter Begegnungsstätte für das bürgerschaftliche Engagement



SPD – Rathaustelegramm

Unsere Finanzierungsvorschläge zum Haushaltsausgleich:

- Einsparungen in einigen Bereichen der zentralen Verwaltung (z.B. e-government) und beim Projekt „Kosbacher Brücke“
- Durchsetzung der Konnexität gegenüber dem Freistaat für den Ausbau der Erlanger Gymnasien
- (G 8) durch Beitritt zur Verbandsklage
- Mehreinnahmen durch Übernahme der Solidarumlage durch den Freistaat
- Weitergabe der Einsparungen der Bezirke durch Hartz IV an die Kommunen
- Zinseinsparungen durch Umschuldung von laufenden Krediten
- Bildung von Rücklagen durch Nutzung des von der Regierung von Mittelfranken genehmigten, aber bisher nicht ausgeschöpften Kreditrahmens des laufenden Haushalts 2005
- Moderate Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 Punkte von 410 auf 425

Gewerbesteuererhöhung im Vergleich zur Grundsteuererhöhung

Gewerbesteuer:

- nur 10% der 10.000 Erlanger Betriebe zahlen Gewerbesteuer
- 2/3 des Steueraufkommens wird von 12 Betrieben gezahlt
- Betriebe die keine Gewinne machen, zahlen auch keine Gewerbesteuer
- bei Personengesellschaften (Handwerk) kann die Gewerbesteuer mit der Einkommenssteuer verrechnet werden

Eine höhere Grundsteuer belastet:

- alle Betriebe, unabhängig von deren wirtschaftlicher Lage, sofern sie ein Grundstück besitzen oder gepachtet haben
- alle Mieter und Mieterinnen in Erlangen - auch in den rund 8000 Wohnungen der Gewobau - und das bei heute schon hohem Mietniveau in Erlangen

Schwarz-gelbe Haushaltspolitik gescheitert

Entgegen der öffentlichen Behauptungen des Oberbürgermeisters und der Mehrheitsfraktionen hat die Stadt Erlangen durch den rigiden Sparkurs seit 1996 keine nennenswerten Spielräume gewonnen. Trotz steigender Steuereinnahmen seit 2002 (von 106 auf 112 Millionen Euro) und trotz der vielfältigen Einschnitte in den Bereichen Jugend, Frauen, Soziales, Umwelt und Kultur und im Personaletat der Stadtverwaltung, ist der Schuldenstand 2005 auf demselben Niveau wie 1996 beim Politikwechsel. Die Investitionsquote der Stadt ist seit Jahren zu niedrig. Wenn von Dritten finanzierte Sondermittel nicht zur Verfügung stünden (z.B. 30% durch IZBB von Seiten der rotgrünen Bundesregierung für Ausbau der Ganztagsbetreuung) wäre sie auf einem historischen Tiefstand.

Mehrheitsfraktionen ohne Konzept – SPD stellt sich der Verantwortung

Bei einer Haushaltslücke von weit über 10 Mio. Euro schlägt die FDP sogar noch eine Ausgabenmehrung um 50.000 Euro vor, die CSU schlägt eine Verbesserung um 327.000 Euro vor. Die Vorschläge der Mehrheit sind meilenweit davon entfernt, die Lücke zu schließen.

CSU und FDP haben die Gestaltung des kommunalen Haushalts endgültig aufgegeben und schieben die Verantwortung auf den Kämmerer ab. Die SPD war und ist bereit, sich der Verantwortung für den Haushalt unserer Stadt zu stellen.

Unsere Anträge im Wortlaut finden Sie auf unserer

Homepage:

www.spd-fraktion-erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1,
91052 Erlangen

Telefon 09131-862225, Fax 09131-862181, Mail
spd@erlangen.de, Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

peace on earth



SPD